



Protokoll Nr. 26

Sitzung von Donnerstag, 14. Mai 1998, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Lilo Lauterburg

Anwesend:

Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Fankhauser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Martin Frick
Thomas Fuchs
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler
Rolf Häberli
Bernhard Hess
Ursula Hirt
Andreas Hofmann

Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Andreas Krummen
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Kurt Mäusli
Heinz Megert
Elsi Meyer
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Bernhard Pulver

Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüegsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Margrit Thomet
René Zimmermann

Entschuldigt:

Ernst Aebersold
Arnold Bertschy
Marcel Eyer
Barbara Geiser

Adrian Haas
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Ruth Rauch

Barbara Spörri
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen

Vertretung des Gemeinderats:

Adrian Guggisberg

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Dringlicherklärung von Interpellationen

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Dringlichkeit der Interpellation Hans Peter Riesen (SD): PUK für die Lehrwerkstätten LWB? mit 37:10 Stimmen ab.

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Behandlung der Traktanden 12 (Motion Gruner), 13 (Interpellation Theiler) und 14 (Interfraktionelle Motion)

Luzius Theiler (GPB) erklärt, dass die Antwort des Gemeinderats nicht viel aussagt. Luzius Theiler ist deswegen nur teilweise befriedigt von der Antwort. Positiv daran ist, dass klar wird, dass der Masterplan, so wie er vorgesehen war mit den drei Bausteinen, gestorben ist. Dies ging auch aus dem ausführlichen Votum Michael Jordis vor der Pause hervor. Luzius Theiler ist über diese Entwicklung nicht unglücklich. Das Projekt war in seinen Augen, und auch nach Meinung vieler anderer, weit überdimensioniert und aus wirtschaftlicher Sicht unrealistisch. Trotz intensiver Suche fand man keine Investoren. Die Kosten für die SBB wären so gewaltig, dass auch die Baurechtszinse dementsprechend astronomisch wären. Wesentlich an der Entwicklung des Masterplans ist aber, dass gar kein Bedarf an einer solchen Fläche an Büros und an anderen Dienstleistungsbetrieben im Stadtzentrum vorhanden ist. Wenn man das Projekt doch realisieren würde, ginge dies zu Lasten bestehender Bausubstanzen, hauptsächlich in der oberen Altstadt. Luzius Theiler ist froh, dass er ähnliche Überlegungen heute unter anderem auch von Michael Jordi gehört hat. Es ist ein gutes Vorgehen, dass man jetzt in kleineren Portionen etwas unternehmen will. Vorgesehen ist eine partizipative Planung, etwas das die Interpellation Luzius Theilers auch gefordert hat. So muss man nicht immer aus den Zeitungen erfahren, was die SBB etwa gerade wieder beschlossen haben. Es wird dies vielmehr eine transparente Planung werden mit der Beteiligung möglichst vieler. In einem Punkt ist Luzius Theiler allerdings mit der Antwort nicht einverstanden: Der Gemeinderat schreibt, dass die Ablehnung der Überbauungsordnung Stadtplätze-Schanzentunnel wenig an der Situation ändere. Zur Frage 4 meint er dann aber, dass trotzdem geplant sei, im Bereich der städtischen Unterführungen etwas zu unternehmen. Er zählt dabei verschiedene Varianten auf. Luzius Theiler möchte ganz klar festhalten: Ein Ladenzentrum für 90 Millionen Franken, so wie es geplant war, das zu all den anderen Problemen mit Laden- und Marktzentren in der Stadt Bern noch dazu kommen und die heute bestehenden Läden in der Altstadt einmal mehr konkurrenzieren und zum Teil gefährden würde, ist nach der Ablehnung der Überbauungsordnung nicht mehr möglich. Ein solches Ladenzentrum war Teil der Überbauungsordnung. Nach der Ablehnung kann es also nicht mehr darum gehen, dass man private Investoren beauftragt, ein neues grosses Ladenzentrum im Bereich Neuengasse-Bahnhofplatz-Schweizerhof zu bauen. Luzius Theiler wäre froh, dass dies der Gemeinderat auch noch einmal bestätigen würde. Er fragt sich, ob es im Bereich der heutigen Nutzung nicht sinnvoll wäre, dass die Stadt nach und nach selber dafür sorgen würde, dass diese Unterführungen nicht etwas wohnlicher gestaltet werden könnten. Die Pläne einer Erweiterung sollten aber nun endgültig abgeschrieben werden.

Fraktionserklärungen

Christoph Müller spricht für die FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist schon seit langer Zeit für Verbesserungen am Bahnhofsvorplatz. Sie hat sich deshalb auch massgeblich für die Vorlage Stadtplätze eingesetzt, die zusammen mit der KÜL und dem Schanzentunnel eine tiefgreifende Aufwertung für den für die Stadt so wichtigen Platz mit sich gebracht hätte. Selbstverständlich ist die FDP-Fraktion immer noch für so weitgehende Massnahmen wie möglich. Möglich ist aber fast nichts mehr ohne die grundlegende Entlastung durch den Schanzentunnel. Dies haben auch die Initiantinnen und Initianten dieser Vorstösse gewusst. Dies geht klar aus den unbestimmten Formulierungen hervor. Es wird alles offen gelassen. Viele darin erwähnte Sachen sind jetzt und waren schon vorher in Bearbeitung, wie zum Beispiel die gestraffte Linienführung der SVB-Linien. Auch nur eine geringe Verbesserung der Fussgängerfreundlichkeit des Platzes wird eine Gratwanderung, wenn der ÖV auch nur noch einigermassen störungsfrei und fahrplanmässig verkehren soll. Die sicher notwendigen Veloparkplätze im Bahnhofgebiet können auch nur bei der Verlegung der Taxiplätze auf die Plattform sinnvoll realisiert werden. Dies Verlegung scheint ja auch in absehbarer Zeit vollzogen zu werden. Der Vorstoss wird nicht viel bringen, aber auch nichts schaden. Die FDP

wird die postulatsähnliche Motion unterstützen. Ebenso ist sie für die Abschreibung der Motion Ueli Gruner.

Ueli Stückelberger spricht für die GFL-Fraktion: Die GFL war mehrheitlich gegen den Schanzentunnel, es war ihr aber auch immer wichtig, dass es zu einer Aufwertung um den Bahnhof kommt. Für die GFL hing der Masterplan, dies zum Votum Luzius Theilers, nie nur mit dem Schanzentunnel zusammen. Es war ein Gesamtkonzept, das noch nicht gestorben ist. Die GFL hatte, weil sie hinter dem Masterplan steht, diese Motion eingereicht. Ueli Stückelberger hofft natürlich, im Gegensatz zu Christoph Müller, dass diese Motion auch wirklich etwas bewirkt. Die GFL ist positiv überrascht vom Gemeinderat, wie jetzt vorgegangen wird nach der Abstimmung über den Schanzentunnel. Die GFL war sehr skeptisch und ist jetzt sehr erfreut. Es bewegt sich etwas, die Planung wurde weiterentwickelt. Es gab eben genau keinen Scherbenhaufen. Kurzfristig hat der Gemeinderat angekündigt, dass der Fussgängerstreifen zwischen Burgerspital und Heiligegeistkirche, der dringend notwendig ist, installiert wird. Auch andere Massnahmen wurden angekündigt für dieses oder für das nächste Jahr. Ueli Stückelberger denkt dabei an weitere Verkehrsberuhigungsmassnahmen oder an die Aufwertung des Hirschengrabens, an neue Veloverbindungen, zum Beispiel, dass man vom Kirchenfeld herkommend direkt zur Uni gelangen kann, und zwar legal. Was ebenfalls wichtig ist: Dass die Durchmesserlinien der Städtischen Verkehrsbetriebe wirklich umgesetzt werden. Mit diesen Massnahmen sollte es möglich sein, neuen Platz vor dem Bahnhof zu gewinnen, der dann gestaltet werden kann. Die GFL ist positiv überrascht von diesen Massnahmen und sie hofft, dass auch weiter rasche Verbesserungen durchgeführt werden. Die Erwartungen der GFL sind gross. Sie ist aber auch überzeugt, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist.

Edith Olibet spricht für die SP-Fraktion: Die SP stimmt der Abschreibung der Motion Gruner zu. Zur Motion „Bahnhofplatz für alle“: Es soll und muss etwas um den Bahnhof herum geschehen, und zwar aus gestalterischer und verkehrspolitischer Sicht. Diese Zielsetzungen wurden zu keiner Zeit, weder von den Befürwortern und Befürworterinnen noch von den Gegnern und Gegnerinnen des Schanzentunnels in Frage gestellt. Heute ist die SP-Fraktion erleichtert, dass sich die Vorstellungen des Gemeinderats mit denjenigen der Motion decken. Die Bereitschaft des Gemeinderats, die Motion anzunehmen, zeigt der SP-Fraktion, dass der Weg für Lösungen im Sinne der Motion frei geworden ist. Möglich ist vieles, die Offenheit ist da, aber eben ohne Schanzentunnel. Die SP-Fraktion teilt den Pessimismus des Sprechers der FDP-Fraktion nicht. Die SP erwartet und begrüsst ein rasches Vorwärtsschreiten einerseits mit der Umsetzung der KÜL, andererseits aber auch bei der Ausarbeitung von weitergehenden Massnahmen im Bahnhofsgebiet zugunsten der Fussgängerinnen und Fussgänger, der ÖV-Benützerinnen und -Benutzer und der Velofahrerinnen und -fahrer. Auch der gestalterische Bereich ist der SP-Fraktion sehr wichtig. Gerade heute konnte in den Zeitungen vom geplanten neuen Gesicht im Innern des Bahnhofs gelesen werden. Man sollte alles daran setzen, dass auch die äussere Gestaltung des Bahnhofplatzes in Angriff genommen werden kann. Was der SP-Fraktion besonders wichtig scheint: Der Gemeinderat beabsichtigt, die Bevölkerung und interessierte Kreise möglichst frühzeitig mit einzubeziehen. Die SP-Fraktion erachtet dieses Vorgehen als weitsichtig und richtig. Nur eine breite Abstützung garantiert nämlich einen Erfolg in der Zukunft. Die SP-Fraktion bittet also, der Motion zuzustimmen.

Hans Ulrich Gränicher spricht für die SVP-Fraktion: Der Bereich Bahnhofplatz/Bubenbergrplatz ist die Visitenkarte der Stadt. Dementsprechend wichtig ist die Gestaltung dieser Anlagen. Die SVP hat dies schon mehrmals erwähnt. Dass man der Vorlage des Schanzentunnels nicht zugestimmt hat, sondern nur der KÜL, bedeutet, dass der Handlungsbedarf im Bereich der gestalterischen Massnahmen nach wie vor recht gross ist. Für die SVP war es relativ schwer, zu entscheiden, ob man der interfraktionellen Motion Michael Jordi zustimmen soll. Einig war man sich betreffend der Abschreibung der Motion Ueli Gruner, da ja mit dem Ja zu der KÜL die notwendigen Kredite gesprochen wurden, um Veränderungen im Bereich Bubenbergr- und Bahnhofplatz tatsächlich zu vollziehen. Wenn nun eine zweite Motion überwiesen wird, die in die gleiche Richtung weist, indem man einen Bahnhofplatz für alle fordert,

überschneidet sich dies mit der KÜL. Auch die SVP ist der Meinung, dass die Durchmesserlinien eingeführt, dass die Verkehrsführung überarbeitet und angepasst werden sollte. Die SVP ist aber der Meinung, dass dies mit der KÜL bereits beschlossen wurde. Aus diesem Grund möchte sie eigentlich keine Motion überweisen, die zusätzlich etwas, das schon beschlossen wurde, zementiert. Deshalb lehnt sie die Motion ab.

Einzelvotum

Heinz Junker (SP) verweist darauf, dass sich etwas am Bahnhof bewegt, und zwar bereits heute. In dieser Woche wurde im Bahnhof bereits damit begonnen, die Y-Treppe zu entfernen, damit dort neue Rolltreppen installiert werden können. Der Besucher der Stadt Bern wird also Richtung Bahnhofplatz aus dem Bahnhof treten. Heinz Junker bittet auch die SVP, der interfraktionellen Motion zuzustimmen. Es muss jetzt einfach etwas geschehen mit dem Bahnhofplatz. Die SBB machen es vor. Es sollten alle mithelfen, dass auch die Stadt Bern etwas unternimmt.

Für den Gemeinderat spricht Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Es ist tatsächlich so, dass sich nach der Abstimmung über die Stadtplätze verschiedene Fragen stellten. Die Frage zum Beispiel, ob die Partnerschaft aus Stadt und Kanton Bern, aus BLS, SBB, RBS, PTT, Grosse Schanze AG und Burgergemeinde Bern weiter bestehen wird oder ob sie auseinanderbricht und reine Interessensvertretungen übrig bleiben. Weiter stellte sich die Frage, wie jetzt weiter vorgegangen werden soll, ob die verschiedenen Vorstellungen, die nach der Abstimmung zum Ausdruck kamen, unter einen Hut gebracht werden können. Es ergab sich sehr schnell, dass die Partner zusammenbleiben wollen. Dies war sehr wichtig für das weitere Vorgehen. Es besteht weiterhin eine gute Zusammenarbeit. In dieser Partnerschaft hat die Stadt Bern ein gewichtiges Wort mitzureden, sie ist nicht etwa eine Juniorpartnerin. Sie kann vielmehr ihre Ideen einbringen und wird respektiert. Nach der Abstimmung wurde sofort analysiert, was mit den verschiedenen Bausteinen im Raum Bahnhof geschehen soll. Für jeden dieser 12 Bausteine wurde festgelegt, wie es weitergehen soll. Für Baustein 1, die Umsteigeanlage West, hat sich in der Zwischenzeit ergeben, dass durch unterschiedliche Auffassungen der Investoren und der SBB das Projekt der Gleisüberbauungen zurückgesteckt werden muss. Der Bahnsteigaufgang soll aber trotzdem erstellt werden. Der Baustein Schanzentunnel wurde sistiert. Auf den Bereich Bahnhof Mitte hatte das Abstimmungsergebnis keine direkte Auswirkung. Ein aktueller Handlungsbedarf besteht für diesen Bereich beim Postautobahnhof nicht. Die Baurechtsverhandlungen und die wettbewerbsähnlichen Verfahren werden aufgenommen. Zum Baustein 4, Abschluss Ost: Hier gab es auch keine Auswirkungen. Beim Baustein 5, Bahnsteigplatte und rückwärtige Bahnhoferschliessungen stellte sich die Frage, wie mit der neuen Situation umgegangen wird, auch im Zusammenhang mit den Arbeiten der SBB. Die SBB möchten ja das ganze Empfangsgebäude neu renovieren. Die Treppen und die Lifтанlagen werden modernisiert und transparenter und sicherer gestaltet, damit man nicht mehr mit einer gewissen Angst diese Treppe und die Lifte benutzen muss. Der wichtigste Baustein für die Stadt, Baustein 6, Bollwerk, Bahnhofplatz, Bubenberplatz und Schanzenbrücke, ist auch der Schwerpunkt der planerischen Arbeiten der Stadt Bern. Die Weichen wurden dort sofort gestellt, es wurden Prioritäten gesetzt, mit dem Ziel, im Bereich Bubenberplatz und Bahnhofplatz einen lebendigen, attraktiven und funktionsfähigen Stadtraum zu schaffen, der nach Möglichkeit eine Koexistenz für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer anbietet. Dies im Sinne eines neuen Lebens auf dem Bahnhofplatz, wie es hier in verschiedenen Voten schon geäußert wurde. Zu der Verwirklichung des Projekts eines partizipativen Planungsprozesses müssen Eckpfeiler formuliert werden, damit nachher mit diesen Eckpfeilern die Basis für einen Wettbewerb geschaffen werden kann. Die Strategien wurden in drei Zeiträume eingeteilt: in einen kurzfristigen Prozess, das heisst eine Realisierung in diesem oder im nächsten Jahr, mit dem sofort Massnahmen für den ÖV in die Wege geleitet werden: Umsetzung der KÜL bis ins Jahr 2000, Temporeduktionen für den MIV, Fussgängerstreifen Burgerspital und im Bereich Bahnhofplatz Ost, im Bereich Bubenberplatz West und im Bereich Schanzenbrücke, Verbesserung der Velosituation und in der Gestaltung von frei werdenden Flächen, eine Neuordnung der Mobilen auf dem Platz, Infotafeln, Werbung usw. im Sinn eines Aufräumens des Platzes und

einer Verbesserung der bestehenden Taxivorfahrt. Für einen mittelfristigen Prozess, Gröszenordnung Jahr 2000 bis 2003, hat die Behördendelegation entschieden, Grundsätze und eine Planungsstrategie festzulegen als Basis für eine politische Diskussion, die im Rahmen eines öffentlichen Forums im ersten und zweiten Quartal 1998 stattfinden soll, was jetzt auch geschieht mit dem partizipativen Mitwirkungsprozess; nachher soll ein Programm für ein wettbewerbsähnliches Verfahren ausgearbeitet werden; dies im zweiten und dritten Quartal; im vierten Quartal 1998 und im ersten Quartal 1999 soll die Beurteilung, Ausstellung und Realisierung der Projekte vorgenommen werden. Für den langfristigen Prozess wurde festgelegt, dass die Optionen des Richtplans Masterplan, Stadtplätze und Verkehr realisiert werden sollen. Es ist wichtig, dass nach der Abstimmung die Behördendelegation nicht etwa die Hände in den Schoss gelegt hat, sondern sofort die Arbeit aufnahm. Michael Jordi hat dies auch mit seinem Votum zum Ausdruck gebracht. Aus diesem Grund ist die Motion Ueli Gruner überholt. Der Gemeinderat dankt dem Stadtrat, wenn diese Motion heute abgeschrieben werden kann. Damit wäre der Weg frei, die weiteren Arbeiten und Rahmenbedingungen nach den heutigen Erkenntnissen umzusetzen.

Luzius Theiler hat in seinem Votum gesagt, der Masterplan sei gestorben. Adrian Guggisberg ist nicht dieser Meinung. Der Masterplan dient weiterhin als Richtschnur für die weiteren Arbeiten. Man will ja zielgerichtet weiterfahren und nicht einfach vor sich hinarbeiten. Der Gemeinderat sieht die Belebung des Bahnhofplatzes nicht als Konkurrenzierung, mit einer ansprechenden Gestaltung des Bahnhofs innen und aussen wird für die Stadt Bern mehr erreicht. Die Sicherheit und die Sauberkeit sollen unverzüglich verbessert werden. Zu der Fraktionserklärung der FDP, die nicht den gleichen Optimismus, wie ihn der Gemeinderat hat, zum Ausdruck bringt: Adrian Guggisberg hofft, dass die Ziele, wie sie hier formuliert wurden, auch umgesetzt werden; dies zum Vorteil von allen. Ueli Stükelberger hat die Aufwertung des Bahnhofplatzes erwähnt: Dies ist das zentrale Anliegen der ganzen Masterplan-Projektierung. Hinsichtlich Stadtplanung kann hier noch einiges unternommen werden. Edith Olibet hat dasselbe Anliegen aufgeführt. Hans Ulrich Gränicher hat im Namen der SVP geäußert, dass der Bahnhof eine Visitenkarte der Stadt sei. Der Gemeinderat teilt diese Auffassung. Der erste Eindruck, der sich einem Besucher präsentiert, ist wichtig. Das erste Bild ist sehr mitentscheidend für die weiteren Eindrücke in der Stadt. Es muss eine Anstrengung unternommen werden, den Bahnhof innen und aussen modern, leistungsfähig und ansprechend zu gestalten. Heinz Junker hat zu recht gesagt, dass Bewegung in den Bahnhof gekommen sei. Das stimmt, und zwar nicht nur innen durch die SBB, sondern auch aussen. Man ist heute daran zu schauen, wie die Bereiche um den Bahnhof neu, wie die Unterführungen ansprechender gestaltet werden können. Es werden konkrete Projekte beraten, Rolltreppen usw., die zeigen sollen, dass es dem Gemeinderat mit einer Verschönerung und einer Belebung des Bahnhofs ernst ist. In diesem Sinn möchte Adrian Guggisberg bitten, die Motion Ueli Gruner abzuschreiben und die interfraktionelle Motion anzunehmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Abschreibung der Motion Gruner mit 65:0 Stimmen zu.

Beschluss

Der Stadtrat überweist die interfraktionelle Motion mit 47:16 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

15 Motion Silvia Aepli (GFL): Stadtplätze, wo es keinen Tunnel braucht; Bundesplatz

Antrag Nr. 87

Die Unterzeichnenden fordern den Gemeinderat auf, dem Stadtrat schnellstmöglich einen Projektierungs- und / oder Ausführungskredit zur Umgestaltung des Bundesplatzes vorzulegen.

Begründung:

1987 hat der Stadtrat ein Postulat Lauterburg überwiesen, worin die Umgestaltung des Bundesplatzes verlangt worden war. Der Gemeinderat liess darauf 1990 / 91 in Zusammenarbeit mit der Eidgenossenschaft einen zweistufigen Wettbewerb durchführen, aus dem ein Siegerprojekt hervorging. Die Weiterbearbeitung und Realisierung wurde 1993 vom Gemeinderat vor allem aus finanziellen Gründen sistiert. Angesichts der - auch nationalen - Bedeutung des Bundesplatzes, der bereits langjährigen Geschichte des Anliegens (der erwähnte Vorstoss ist der letzte einer ganzen Reihe von ähnlichen Begehren), der bereits getätigten Aufwendungen und der Versprechungen gegenüber der Bevölkerung ist es nicht zu verantworten, die Umgestaltung noch länger aufzuschieben bzw. den Entscheid für die Realisierung des Projekts nicht der Bevölkerung vorzulegen. Es kann auch nicht verstanden werden, wenn das Projekt in der gegenwärtigen finanziellen Situation der Stadt zu teuer sein soll. Schliesslich hätte für die vermeintlichen Stadtplätze beim Bahnhof ein Mehrfaches des voraussichtlichen Betrages investiert werden müssen.

Im weiteren ist dem berechtigten Anliegen, in Bern einen wirklich freien Platz nutzen zu können, Rechnung zu tragen. Dies umso mehr, als beim Bundesplatz nicht zuerst schier unüberwindliche Probleme mit dem Privat- und öffentlichen Verkehr gelöst werden müssen.

Bern, 16. Oktober 1997

Antwort des Gemeinderats

Eine Neugestaltung des Bundesplatzes mit gleichzeitiger Aufhebung der Parkierung war in den letzten Jahren mehrmals Gegenstand politischer Vorstösse. 1990 / 91 wurde aufgrund eines Postulats Lauterburg gemeinsam mit dem Bund der im Motionstext erwähnte Wettbewerb durchgeführt. Die weitere Bearbeitung der erstrangierten Projektstudie musste in der Folge jedoch aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden. 1993 verlangte ein weiteres Postulat (Marianne Weber, SP) die *etappenweise* Umgestaltung des Bundesplatzes zu einem autofreien Platz. Im Prüfungsbericht zu diesem Vorstoss hielt der Gemeinderat daran fest, dass eine ersatzlose Aufhebung der Parkierung ohne Neugestaltung wenig sinnvoll wäre und zudem die Umgestaltung Bärenplatz / Waisenhausplatz höhere Priorität haben müsste. Inzwischen hat sich die Situation für die Beurteilung des Vorhabens „Neugestaltung des Bundesplatzes“ geändert:

- **Strategie STEK**

Die Umgestaltung des Bundesplatzes ist ein Teilziel des Stadtentwicklungskonzepts 1995, das eine etappenweise Umgestaltung verschiedener Plätze in der Innenstadt vorsieht. Im Rahmen des STEK-Folgeprojekts „Entwicklungskonzept Berner Innenstadt“ soll ein Gestaltungs-, Verkehrs- und Nutzungskonzept erarbeitet werden.

- **Der Bundesplatz als Platz**

Es liegt im öffentlichen Interesse, den Bundesplatz mit seinen verschiedenen Funktionsebenen autofrei zu gestalten. Einerseits ist der Bundesplatz ein zentraler Stadtplatz (Freiraum, Markt, Veranstaltungen); andererseits hat er als Begegnungsort nationale und internationale Bedeutung (Manifestationen, Demonstrationen, Tourismus, etc.).

- **Verkehr**

Mit der Annahme des Verkehrskompromisses durch die Stimmberechtigten konnten die rechtlichen Grundlagen für einen parkierungsfreien Bundesplatz geschaffen werden. Danach sollen alle oberirdischen öffentlichen Parkfelder der Altstadt im Verhältnis 1:1 in unterirdischen Parkgaragen ersetzt werden können. Die Aufhebung der Parkfelder erfolgt auf den Zeitpunkt, in dem der Ersatz betriebsbereit ist.

Für Mitte 1998 ist eine 1. Etappe der Umsetzung von Massnahmen für eine fussgängerfreundliche Innenstadt geplant. Sie umfasst Fahrrichtungsanordnungen zur Reduktion des Such- und Durchgangsverkehrs sowie die Beschränkung der Anlieferungszeiten, aber noch keine parkierungsbeschränkende Anordnungen. Die Aufhebung der 91 auf dem Bundesplatz markierten Parkfelder in einer 2. Etappe der Massnahmen zugunsten einer fussgängerfreundlichen Innenstadt steht in einem engen Zusammenhang mit der Erweiterung der Casino-Parkgarage um rund 250 zusätzliche Parkfelder. Voraussetzungen für die Aufhebung der Parkfelder auf dem Bundesplatz sind eine Baubewilligung, eine Konzessions- oder Baurechtserteilung sowie die Realisierung der Erweiterung. Dies könnte in zwei bis drei Jahren

der Fall sein. Eine allfällige 3. Etappe müsste Klarheit bringen über den fließenden Verkehr um und über den Bundesplatz. Diesbezügliche Möglichkeiten können ungefähr ab Sommer 1998 geprüft werden.

Die im Wettbewerb mit dem 1. Preis ausgezeichnete Projektstudie ist auf eine Gestaltung des Bundesplatzes ausgerichtet, die eine multifunktionale Nutzung gewährleistet.

- **Bärenplatz / Waisenhausplatz**

Mitentscheidend für die Sistierung des Gestaltungsprojekts Bundesplatz war seinerzeit auch, dass in 1. Priorität Bärenplatz und Waisenhausplatz umgestaltet werden sollten. Hier sind inzwischen die Vorarbeiten so weit gediehen, dass die Baukreditvorlage 1999 dem Stadtrat zuhanden der Gemeinde unterbreitet werden kann.

- **Wettbewerbsresultat**

Die Empfehlung der damaligen Wettbewerbsjury, das erstrangierte Projekt „Platz als Platz“ auszuführen, hat der Gemeinderat 1993 zur Kenntnis genommen. Prämiert wurde eine künstlerisch eigenständige Arbeit, deren Grundaussage die Stärke und Grosszügigkeit der konsequenten Zurückhaltung ist. Die Bodenskulptur (Lichtelement) schafft eine überzeugende Spannung zum regelmässigen Bodenbelag. Die Anschlüsse zu den übrigen Stadträumen sind gewährleistet. Zudem erfüllt die Projektstudie die damals gesetzten Rahmenbedingungen. Aus inhaltlichen wie auch aus finanziellen Gründen soll an diesem Entwurf als Grundlage für eine Neugestaltung festgehalten werden. Zu diskutieren sind kleinere Anpassungen betreffend Gestaltung und Materialwahl.

- **Projektierungskredit / Kommunikationskonzept**

Für die Bearbeitung des Wettbewerbsprojekts bis zur Ausführungsreife und für ein Kommunikationskonzept zwecks umfassender Information über das Vorhaben „Neugestaltung Bundesplatz!“ wird ein Projektierungskredit in der Grössenordnung von Fr. 100'000.- nötig sein.

- **Realisierungskosten / Finanzierung**

Für die Bauarbeiten zur Umgestaltung des Bundesplatzes ist nach einer Grobschätzung des städtischen Tiefbauamts ein Betrag von 1.3 Mio. Franken zu veranschlagen. Nicht enthalten sind darin die Kosten für die Realisierung des Beleuchtungskonzepts sowie für eine allfällige Erneuerung von Werkleitungen.

Offen ist, wie weit sich der Bund an den Realisierungskosten beteiligen wird.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Fraktionserklärung

Ursula Rudin-Vonwil spricht für die EVP/LdU-Fraktion: Die EVP/LdU-Fraktion war sehr erfreut, dass der Gemeinderat nach langer Zeit wieder einmal bereit war, Motionen entgegen zu nehmen. Es betrifft dabei nicht nur eine, sondern gleich drei. Dies lässt wieder Lebensfreude aufkommen. Man weiss, dass die Plätze noch immer nicht gestaltet sind. Nun kann man wieder hoffen, dass man die Durchführung doch noch erleben wird. Der Gemeinderat hat ein Signal gegeben, dass er gedenkt, vorwärts zu machen mit diesen Plätzen. Gerne gibt die EVP/LdU-Fraktion dieses Signal wieder zurück. Sie freute sich und ist froh, wenn sich wieder etwas bewegt in Richtung lebenswerter und attraktiver Stadt. In diesem Sinn hofft die Fraktion, dass jetzt mit Volldampf vorangegangen wird. Um die Ungeduld der Fraktion etwas zu zähmen, wäre es angenehm, hin und wieder etwas zu hören über den Fortschritt der Verhandlungen und der Arbeiten und welches die nächsten Ziele sind. Die Aufhebung der Parkplätze auf dem Bundesplatz wird nicht nur von der Berner Bevölkerung, sondern von nationaler bis internationaler Seite sehnlichst erwartet. Eine Gestaltung des Bundesplatzes, die eine multifunktionale Nutzung gewährleistet, scheint der EVP/LdU-Fraktion am optimalsten. Dafür braucht es auch ein Beleuchtungskonzept als ein wichtiges Element des grosszügigen Raumgefüges. Beim Bären- und Waisenhausplatz redet man in der Bevölkerung zwar nicht von einer Asphaltwüste, es könnte aber von einem wüsten Asphaltplatz gesprochen werden. Nachdem bereits ein Baukredit gesprochen wurde, wird jeden Tag erwartet, dass etwas geschieht. Heute weiss man, dass der Einfahrt ins Metroparking viel Gewicht beigemessen wird. Dafür kann die EVP/LdU-Fraktion grosses Verständnis aufbringen. Seit kurzer Zeit hört

man auch noch von einem Einbezug des Waisenhausplatzes in einen Perimeter für den Wettbewerb Kleemuseum. Dass dieses Wettbewerbsergebnis tatsächlich noch abgewartet werden muss, erscheint der EVP/LdU-Fraktion nötig. Auch die Verkehrsführung muss berücksichtigt werden, so könnte zum Beispiel die Verlegung der Metroeinfahrt auf die Schüttestrasse einen Einfluss haben auf die Gestaltung des Platzes. Das Fazit: Die Planung soll tatsächlich sorgfältig erfolgen, das Wettbewerbsergebnis abgewartet werden. Aber sobald der Entscheid für das Kleemuseum getroffen worden ist, soll schnellstens mit der Platzgestaltung begonnen werden. Bei der Eröffnung des Kleemuseums, wo immer dies auch stehen wird, wird sicher der Bären- und der Waisenhausplatz eine wichtige Visitenkarte sein. In diesem Sinn stimmt die EVP/LdU-Fraktion den beiden Motionen zu.

Ueli Stückelberger spricht für die GFL-Fraktion: Man weiss, der Zustand des Bundesplatzes als Parkplatz ist unbefriedigend. Für Ueli Stückelberger ist der Bundesplatz ein Schandfleck Berns, und nicht nur Berns, sondern der ganzen Schweiz. Er ist unattraktiv für die Berner und für die Touristen. Deshalb hat die GFL diese Motion auch eingereicht und ist erfreut, dass der Gemeinderat diesen Vorstoss als Motion entgegennehmen will. Die Stadtplätze und überhaupt der öffentliche Raum in der Stadt Bern sind der GFL sehr wichtig. Erstens kann mit den Plätzen eine städtebauliche Aufwertung realisiert werden. Die Plätze haben zweitens auch eine soziale Funktion, es sind Räume der Begegnung. Ueli Stückelberger denkt dabei etwa an die Front. Sie sind aber auch da zur flächenintensiven Freizeitnutzung. Es gibt nämlich nicht nur das Von-Roll-Areal oder Brünnen. Nicht zu vergessen ist die Bedeutung der Plätze für den Tourismus. Die Plätze bleiben den Touristen fast am längsten in Erinnerung. Man muss in Bern Sorge tragen zu den Plätzen und sie dementsprechend aufwerten. Es bedeutet eine Attraktivierung nicht nur des Wohnumfelds, sondern auch des Zentrums. Mit dem Verkehrskompromiss wird es möglich, dass der Bundesplatz autofrei wird. Weil man den Bürgerlichen entgegen kam, wird der Platz nicht sofort frei, sondern erst, wenn die Parkplätze unterirdisch ersetzt werden können. Dies ist schade. Aber umsomehr fordert die GFL den Gemeinderat auf, dafür zu sorgen, dass die Parkplätze auf den Plätzen verschwinden. Wichtig ist, dass ein leerer Platz allein nicht genügt. Es muss eine Umgestaltung der Plätze stattfinden, ansonsten entstände eine gähnende Leere, die die GFL nicht unterstützen könnte. Es braucht also eine Planung. Deshalb wurde vor einigen Jahren ein Wettbewerb durchgeführt, bei dem ein Sieger mit seinem Projekt „Platz als Platz“ hervorging. Für die GFL ist dieses Siegerprojekt nicht sakrosankt. Sie fände den Platz zu leer. Ihr ist aber vor allem wichtig, dass eine Gestaltung des Platzes gefunden wird, die auf eine sehr hohe Akzeptanz in der Bevölkerung stösst. Weil dieser Wettbewerb schon einige Jahre zurückliegt, darf man das Siegerresultat auch wieder in Frage stellen. Zusammenfassend: Die GFL bittet, die Motion zu unterstützen, und fordert den Gemeinderat auf, unverkrampft an der Gestaltung des Bundesplatzes zu arbeiten, Ideen vorzuschlagen, die eine grosse Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen können.

Rudolph Schweizer spricht für die SVP: Im Gegensatz zu Ueli Stückelberger empfindet die SVP den Bundesplatz nicht als Schandfleck - höchstens bei Bauerndemonstrationen oder anderen Demonstrationen. Die Zeit ist aber nun wirklich gekommen, dass mit dem Bundesplatz etwas geschieht. Am 27. September 1970 wurde mit der Abstimmung über die H-Lösung endlich ein anderes Denken bezüglich Umgang mit städtischen Plätzen gefunden. Plätze und Gassen wollte man endlich anders nutzen. Vom Bundesplatz wurde damals aber noch nicht oft gesprochen. 1976 hat eine Studie der Stadtgärtnerei dazu geführt, dass man vier Bäume angepflanzt hat. Über diese Baumgruppe, am Ende des Bärenplatzes, wurde damals schon und wird auch heute noch diskutiert. Die SVP findet, dass die Baumgruppe am richtigen Ort steht; leider sind es aber nur vier Bäume geblieben. 1975 hat eine Arbeitsgruppe den Bericht über die Gestaltung von Gassen und Plätzen in der Berner Altstadt erarbeitet. Der Bundesplatz wurde in diesem Bericht wieder sehr stiefmütterlich behandelt. Es stand in diesem Bericht, man solle eine Baumreihe vor der Kantonalbank und der Nationalbank errichten und die Beleuchtung ändern. Es wurden Scheinwerfer auf allen Dächern verlangt. 1980 forderte ein FDP-Stadtrat einen verkehrsfreien Bundesplatz. Sein Vorstoss wurde vom Stadtrat erheblich erklärt. Der Gemeinderat hat am 30. September 1981 dieses Anliegen mit der Begründung abgelehnt, es würden Parkplatzgebühren erhoben, was wirtschaftlich wich-

tig sei. Am 20. Dezember 1985 hat Nationalrat Markus Ruf, damals NA, heute SD, verlangt, dass der Bundesrat prüfen soll, ob auf dem Bundesplatz eine sogenannte Symbolfigur aus der Schweizer Geschichte aufgestellt werden kann, zum Beispiel Guisan oder Tell. Man hätte mit der Stadt als Eigentümerin Verhandlungen aufnehmen sollen, damit dieses Projekt hätte realisiert werden können. Am 26. Februar 1987 hat die heutige Stadtratspräsidentin, Lilo Lauterburg, ein Postulat eingereicht, das überwiesen wurde und den Gemeinderat aufforderte zu prüfen, wie der Bundesplatz neu gestaltet werden könnte. Vorgeschlagen wurde, dass das Parkieren nur noch für Reisecars erlaubt sei.

Die SVP sagt ja zu der Motion und dazu, dass die Parkplätze verschwinden auf dem Bundesplatz zugunsten von unterirdischen Parkplätzen. Die SVP ist auch für den Casinoausbau. Sie findet aber, dass 1,3 Mio. Franken zu viel seien. Man soll versuchen, die Umgestaltung günstiger zu machen. Zum Wettbewerb: Er fand 1992/93 statt, und kaum jemand kann sich an ihn noch erinnern. Es sollte deshalb neu darüber diskutiert werden. Die SVP sagt Ja zur Motion, sie findet es gut, dass der Bundesplatz umgestaltet werden soll.

Thomas Balmer spricht für die FDP-Fraktion: Die Motion ist durch das Zustandekommen des Verkehrskompromisses erfüllbar und wird von der FDP-Fraktion unterstützt. Die heutige Situation auf dem Bundesplatz ist sicher keine Zierde für die Stadt Bern. Mit dem Vorschlag einer Erweiterung des Casino-Parkhauses ist eine Lösung gegeben, die erforderlichen Parkplätze sicherzustellen und den Bundesplatz besser zu nutzen. Aus diesem Grund beantragt die FDP-Fraktion dem Stadtrat, die Motion als erheblich zu erklären und mit der Einhaltung der Forderungen des Verkehrskompromisses zu realisieren. Die FDP-Fraktion würde sich freuen, wenn bei der Umgestaltung des Platzes mit Sorgfalt vorgegangen und der Berner Bevölkerung und der ganzen Schweiz ein gutes Projekt vorgestellt wird. Ein Platz sollte nicht möbliert werden, sondern Freiraum bieten. Aus diesem Grund stimmt die FDP dieser Motion zu.

Elsi Meyer spricht für die SP: Auch die SP unterstützt diese Motion. Der Bundesplatz ist für die SP ein sehr zentraler Ort. Sie meint aber schon, dass das Projekt damals ein gutes war und dass es nicht Sinn macht, dieses ganz in Frage zu stellen. Vielleicht haben sich gewisse Rahmenbedingungen geändert. Es ist denkbar, dass sich Änderungen beim Metro-Parking ästhetisch bis zum Bundesplatz auswirken können. Die SP meint, es würde keinen Sinn machen, gerade auch angesichts des Sparens, jetzt alles noch einmal neu zu projektieren. In der Fraktion war man der Meinung, dass das alte Projekt für den Bundesplatz ein gutes Projekt ist. Das Wichtigste ist, dass es jetzt vorwärts geht mit den Parkplätzen. In dieser Hinsicht hat der Gemeinderat sehr viel selber in der Hand und er kann dafür sorgen, dass es jetzt vorwärts geht. Die SP-Fraktion würde es nicht reuen, am Bundesplatz zu investieren. Es ist nämlich eine Illusion, dass man dort für bloss hunderttausend Franken etwas erstellen kann.

Michael Jordi spricht für die GB/JA!-Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion unterstützt beide Platzmotionen. Für die Umsetzung der Platzgestaltung ist die Parkplatzersetzung das grösste zeitliche Hindernis. Deshalb muss es in dieser Beziehung rasch weiter gehen. Für die GB/JA!-Fraktion ist es klar, dass der Verkehr auf dem Bundesplatz nichts zu suchen hat. Dafür gibt es die Monbijoubücke. Die Fraktion unterstützt die multifunktionale Nutzung auf dem Platz. Was das konkrete Projekt „Platz als Platz“ angeht: Man kann hier noch lange darüber diskutieren, was mit Sicherheit auch noch geschehen wird. Beim Verkehr müssen restriktivere Bedingungen geschaffen werden als sie in diesem Projekt vorgesehen sind. Ein grüner Vorschlag eines Stadtplatzes heisst nicht, dass ein Tannenwäldchen gepflanzt werden soll. Michael Jordi möchte hier an die Reaktionen auf die Weihnachtstanne auf dem Kornhausplatz erinnern. In der Schweiz scheinen auch einige Menschen offensichtlich Mühe zu haben mit dem vielen Platz auf offenen Plätzen. Kaum wird es offen und luftig müssen kleinere, karierte Ecken her. Es soll deshalb niemandem hier in den Sinn kommen, den Bundesplatz pflastern zu lassen. Ohne Verzug kann auch die Umgestaltung des Waisenhaus- und des Bärenplatzes an die Hand genommen werden. Die GB/JA!-Fraktion unterstützt auch diese Motion.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB) meint, dass der Bundesplatz an sich kein schöner Platz ist. Architektonisch ist er umgeben von den Hässlichkeiten der Banken. Man kann dort nur wenig machen, alles ist vergittert, es gibt monströse Türen. Der Bundesplatz ist nicht ein Platz, wo man sagen kann, man räumt ihn jetzt einfach auf und nachher hat man einen schönen Freiraum. Der Bundesplatz kann eben nicht einfach als Platz leben, da er eine ganz besondere Funktion innehat: Er ist eine Art Arena der Schweiz oder sollte es zumindest sein, ein Marktplatz der politischen Ideen, ein Platz, der einen Dialog ermöglicht zwischen denen die innerhalb und denen die ausserhalb des Bundeshauses sind. Er sollte ein Ort der ständigen Konfrontation der Menschen im Bundeshaus mit denen sein, die draussen sind. Dafür muss der Platz eingerichtet werden, vielleicht auch mit einer gewissen Möblierung, einer die man eventuell versenken könnte, wenn sie nicht mehr gebraucht wird, damit sich alle auf eine einfache Art, ohne vorher lang nach Bewilligungen zu fragen, dort einfinden können, um zu sagen, was sie zu sagen haben. Man kann sich auch vorstellen, eine Art Gebäude mit Material einzurichten, Material und Informationen, die eben nur an dieser Stelle, auf dem Bundesplatz, Sinn machen.

Michael Burkard (JF) ist froh, dass in verschiedenen Voten skeptisch über die konkrete Gestaltung gesprochen wurde. Auch Michael Burkard ist nicht bereit, die Katze im Sack zu kaufen. Es sollte mit der Überweisung der Motion kein Präjudiz geschaffen werden für ein Projekt, das heute kaum mehr jemand kennt. Michael Burkard kann sich trotz des Berichtes über das Projekt nicht recht vorstellen, was es genau ist. Es ist sehr wichtig, dass heute klar gemacht wird, dass man nicht die Katze im Sack kaufen will mit der Überweisung der Motion. Das Projekt ist nicht nur alt, sondern auch gar nicht nachzuvollziehen, da man gar keine Modell dazu gesehen hat. Es ist inzwischen einiges geschehen, man verfügt über Erfahrungen aus dem Ausland, über Ideen dank des Skulpturenweges und der Jubiläen, die gefeiert werden. Im Rahmen der Feiern zur Helvetik sind auch Diskussionen im Gang, wie der Platz weiter gestaltet werden kann. Michael Burkard fragt den Gemeinderat, ob er nicht den Projektierungskredit von 100 000 Franken hier bereits mit einem Modell, zur Diskussion stellen könnte.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* spricht für den Gemeinderat: Adrian Guggisberg ist sehr froh um die Diskussion über die Stadtplätze in Bern. Es ist dies eine wichtige Diskussion. Adrian Guggisberg ist fast versucht zu sagen, es handle sich um eine Sternstunde für die Berner Plätze. Er wünscht sich, dass die Einhelligkeit über die Funktion der Plätze in der Stadt Bern auch anhält, wenn es um die konkrete Ausgestaltung geht. Wenn es darum geht, wie die Plätze verkehrsmässig und städtebaulich gestaltet werden sollen. Es kann heute ganz klar gesagt werden, dass niemand die Katze im Sack kaufen muss, wie es Michael Burkard befürchtet. Es liegt ein Projekt vor für den Platz aus den Jahren 1992/93. Wenn man berücksichtigt, wie schnell sich heute Meinungen ändern, wird man sich die Frage stellen müssen, ob diese Platzgestaltung heute noch Gültigkeit hat oder nicht. Die Diskussionen über die Gestaltung der Plätze müssen auf jeden Fall vor der Gestaltung geführt werden und nicht nachher. Dass dies geschieht kann Adrian Guggisberg hier versprechen. Ganz sicher werden auch dieser Platzgestaltung die Ideen zugrunde liegen, die heute zum Ausdruck kamen. Die Plätze sollen eine Multifunktion ausüben, sie bilden den Charakter der Stadt und sollen möglichst viel Freiraum bieten. Es ist in dieser Hinsicht weniger wichtig, ob sie gepflastert sind oder nicht. Wenn sie die oben erwähnten Funktionen übernehmen, ist der Sinn der Plätze schon weitgehend erfüllt. Nach dem Verkehrskompromiss ist es jetzt tatsächlich Zeit, die Platzgestaltungen an die Hand zu nehmen, die Parkplätze unterirdisch zu kompensieren und damit die jahrzehntelange Diskussion um die Plätze zu beenden. Dies wird ganz sicher von Seiten Adrian Guggisbergs dem Gemeinderat so unterbreitet, und er hat keinen Zweifel, dass sich der Gemeinderat seiner Meinung anschliessen wird.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Überweisung der Motion mit 51:5 Stimmen zu.

16 **Motion Silvia Aepli (GFL): Stadtplätze, wo es keinen Tunnel braucht: Waisenhausplatz, Bärenplatz**

Antrag Nr. 86

Die Unterzeichnenden fordern den Gemeinderat auf, dem Stadtrat so schnell wie möglich einen Ausführungskredit zur Umgestaltung des Waisenhausplatzes und des Bärenplatzes zuhanden der Gemeinde vorzulegen.

Begründung:

Seit die Stimmberechtigten der Initiative „I läbti gärn im Härz vo Bärn“ zugestimmt haben, sind bereits neun Jahre vergangen. Es wurde ein Wettbewerb durchgeführt und ein Siegerprojekt weiterbearbeitet. 1994 hat der Stadtrat einen Projektierungskredit gesprochen; die Volksabstimmung über den Ausführungskredit wurde für 1995 in Aussicht gestellt.

Angesichts dieser Zeiträume - die Frist zur Erfüllung der Initiative ist bereits im Sommer 1990 abgelaufen - und der bereits getätigten Aufwendungen ist es nicht mehr zu verantworten, die Realisierung noch länger aufzuschieben bzw. den Entscheid für den Ausführungskredit nicht der Bevölkerung vorzulegen. Es kann auch nicht verstanden werden, wenn das ausgearbeitete Projekt in der gegenwärtigen finanziellen Situation der Stadt zu teuer sein soll. Schliesslich hätte für die vermeintlichen Stadtplätze beim Bahnhof ein Mehrfaches dieses Betrags investiert werden müssen. Im weiteren ist den berechtigten Anliegen, in Bern endlich einen wirklich freien Platz oder mehrere solche nutzen zu können, Rechnung zu tragen. Dies umso mehr, als bei den erwähnten Plätzen nicht zuerst schier unüberwindliche Probleme mit dem Privat- und öffentlichen Verkehr gelöst werden müssen.

Bern, 16. Oktober 1997

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat kann sich mit dem Ziel der Motion, dem Stadtrat so schnell wie möglich einen Ausführungskredit für die Realisierung der Umgestaltung Bärenplatz / Waisenhausplatz vorzulegen, ohne weiteres einverstanden erklären. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die seit längerem laufenden Projektierungsarbeiten nun rasch vorangetrieben und in eine Baukreditvorlage zuhanden der Gemeinde umgesetzt werden müssen. Wie schon in der Antwort auf die Motion Theiler betr. Verlegung der Metro-Zufahrt ausgeführt, haben die Annahme des Verkehrskompromisses einerseits und die Ablehnung der Überbauungsordnung Stadtplätze - Schanzentunnel andererseits wichtige Rahmenbedingungen auch für die Gestaltung des Bärenplatzes und des Waisenhausplatzes geklärt.

Mit einer Machbarkeitsstudie wurden inzwischen Alternativen zur bisher anvisierten (und im Wettbewerbsprojekt vorgesehenen) Verlegung der Metro-Zufahrt in die Speichergasse untersucht. Im Vordergrund steht neu eine Einstellhallen-Einfahrt an der Schütttestrasse. Offen ist noch, ob für diese Zufahrtsvariante eine Überbauungsordnung nötig wäre. Weiter wird mit der Metro-Trägerschaft Awag über die Realisierung und Finanzierung des Projekts verhandelt. An der Weiterbearbeitung und Konkretisierung des Vorprojekts zu einer Baukreditvorlage wird seit Herbst 1997 intensiv gearbeitet. Insofern ist der Gemeinderat und sind die zuständigen Verwaltungsstellen bereits daran, den Motionsauftrag zu erfüllen. Aus heutiger Sicht kann davon ausgegangen werden, dass der Gemeinderat dem Stadtrat zuhanden der Gemeinde die Vorlage "Umgestaltung des Bärenplatzes und des Waisenhausplatzes" im ersten Halbjahr 1999 unterbreiten wird. Angestrebt wird eine etappenweise Realisierung des Projekts ab dem Jahr 2000.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Fraktionserklärungen

Hans-Ulrich Suter spricht für die FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist für die Überweisung der Motion Aepli. Sie stellt fest, dass die Motion über die Umgestaltung des Waisenhaus- und des Bärenplatzes kurz nach dem negativen Ausgang der Abstimmung zur Überbauungsordnung Stadtplätze/Schanzentunnel, am 28. September 1997, und nach der Gemeindeabstimmung über den Verkehrskompromis, am 20. November 1997, eingereicht worden ist. Die Umgestaltung des Waisenhaus- und des Bärenplatzes wurde bereits 1988 durch die SVP-Initiative „I läbti gärn im Härz vo Bärn“ thematisiert und mit der Annahme des Verkehrskompromisses aktualisiert. Auch der FDP ist die Gestaltung des öffentlichen Raums wichtig. Die Verwirklichung des Vorhabens verstärkt die Wichtigkeit des Ausbaus der Innenstadtparkhäuser. Die FDP-Fraktion legt Wert auf diese Feststellung. Auch die Verlegung der Einfahrt in das Metro-Parking wird Auswirkungen auf die Gestaltung der Plätze haben. Die FDP ist der Ansicht, dass es sich bei der Motion Aepli um einen Vorstoss handelt, der sich zum Teil bereits in Verwirklichung befindet. Die FDP freut sich natürlich auch, wenn die etappenweise Neugestaltung des Waisenhaus- und des Bärenplatzes zu fussgängerfreundlichen Stadtplätzen an der Jahrtausendwende Tatsache wird.

Ueli Stückelberger (GFL) erklärt, dass die GFL froh darüber ist, dass der Gemeinderat die Motion überwiesen haben will. Zwei Punkte, die Ueli Stückelberger wichtig scheinen: Die Einfahrt des Metro-Parkings und das Kleemuseum. Die GFL findet es unterstützenswert, wenn der Gemeinderat die Einfahrt, die sich jetzt an einem sehr unglücklichen Standort befindet, verlegen will. Sie findet weiter die Idee gut, dass die Einfahrt auf die Schütte verlegt werden soll. Diese Stelle ist etwas weiter entfernt vom Platz. Man hat so viel mehr Möglichkeiten, den Platz zu gestalten. In diesem Zusammenhang müsste geprüft werden, ob nicht die Ausfahrt des Metro-Parkings auch auf die Schütte verlegt werden sollte, damit die Hodlerstrasse frei gehalten werden könnte. Wichtig ist, dass sowohl die Einfahrt wie die Ausfahrt möglichst weit vom Zentrum entfernt werden. Zum Kleemuseum: Für die GFL wäre es ein Idealzustand, wenn das Kleemuseum und die Aussenraumgestaltung des Museums mit der Platzgestaltung gleichzeitig fertig gestellt würden. Eine Platzgestaltung des Waisenhaus- und des Bärenplatzes darf nicht losgelöst vom Kleemuseum geschehen. Die GFL will auch nicht, dass mit einem Projekt, sei es jetzt das Kleemuseum oder eine Platzgestaltung, ein Präjudiz geschaffen wird für andere Projekte. Jetzt hätte man die Chance, aufgrund des Zeitdrucks, der durch das Kleemuseum entsteht, gleichzeitig die Platzgestaltung um die Museen zu lösen. Die GFL bittet den Gemeinderat, dementsprechende Vorschläge vorzubereiten.

Für den Gemeinderat spricht Bau- und Planungsdirektor *Adrian Guggisberg*: Zum Votum Hans-Ulrich Suters: Der Fahrplan für das weitere Vorgehen ist bereits in etwa abgesteckt. Adrian Guggisberg hofft, dass dieser eingehalten und dass dem Stadtrat die Vorlage hier in einem halben Jahr unterbreitet werden kann. Zum Votum von Ueli Stückelberger betreffend Koppelung Kleemuseum und Platzgestaltung: Dies wird sicher so weit möglich gemacht werden. Der Gemeinderat will aber gleichzeitig auch vermeiden, dass zuviel auf einmal vorgenommen wird. Ein zu gross geschnürtes Paket würde neue Abhängigkeiten schaffen, was wiederum zu einer Verzögerung der Platzgestaltung führen würde. Es muss klar gesagt werden, dass der Gemeinderat die Platzgestaltungen rasch und zügig durchführen möchte. Wenn dies mit dem Kleemuseum gekoppelt werden kann, dann wäre dies sehr gut, aber es soll dabei zu keiner Verzögerung bei den Stadtplätzen kommen.

Beschluss

Der Stadtrat überweist die Motion mit 52:5 Stimmen.

17 **Motion Luzius Theiler (GPB): Für eine verkehrsarme Speichergasse als öffentlicher Raum in Ergänzung zur Neugestaltung des Waisenhausplatzes / Alternativplanung der Zufahrt zum Metro-Parkhaus**

Antrag Nr. 77

Das Vorprojekt für die Neugestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes sieht die Verlegung der Einfahrt zur Metro-Garage in die Speichergasse vor. Dieses (in der vom Volk 1988 angenommenen Initiative „I läbti gärn im Härz vo Bärn“ nicht enthaltene) Vorhaben widerspricht allen Bemühungen zur Attraktivierung des westlichen Teils der Oberen Altstadt, wo in letzter Zeit verschiedene neue Geschäfte und vielbesuchte öffentliche Lokale entstanden sind. Zu attraktiven Plätzen gehört auch der anschliessende Strassenraum. Dieser würde zerstört, wenn die Speichergasse zum reinen Zufahrtskanal für die Garageneinfahrt degradiert würde. Unter Einbezug des schönen Schulhofes der WMB könnte die Speichergasse den fussgängerfreundlichen Stadtraum wesentlich aufwerten und in eine lange vernachlässigte Richtung erweitern.

Da das Vorprojekt mit geschätzten Kosten von 16,5 Mio. (die frühere Baudirektorin sicherte bei der Beschlussfassung über den Projektierungskredit Kosten von weniger als 12 Mio. zu) viel zu teuer ist, muss es ohnehin überarbeitet werden. Städtebaulich, aber auch aus Kostengründen, bietet sich dabei eine Zusammenlegung von Ein- und Ausfahrt der Metro-Garage an der Hodlerstrasse an, die von der Breite her sehr gut in beiden Richtungen befahren werden könnte. Zu prüfen ist sowohl eine bauliche Erweiterung der heutigen Garagen-Ausfahrt wie eine Lösung mit Signalisation. In diesem Zusammenhang sollte auch die *Funktion* der Metro-Garage überprüft werden, die sich viel eher für Dauerparkplätze der Bewohnerinnen / Bewohner und Geschäfte in der Innenstadt als für Kurzparkplätze eignet.

Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat einen Projektierungskredit für die Verlegung der Metro-Zufahrt an die Hodlerstrasse und für die (mit Ausnahme des Anlieferungsverkehrs) weitgehende Sperrung der Speichergasse für den Motorfahrzeugverkehr, verbunden mit einer Neugestaltung des Strassenraums, zu unterbreiten.

Bern, 3. Juli 1997

Antwort des Gemeinderats

Die Motion verlangt, dass dem Stadtrat ein Projektierungskredit für folgende Vorhaben beantragt werde:

1. Umgestaltung und Sperrung der Speichergasse auf der ganzen Länge zwischen Bollwerk und Waisenhausplatz für den Motorfahrzeugverkehr (mit Ausnahme des Anlieferungsverkehrs), was bedeutet, dass die Hodlerstrasse zwischen Kleeplatz und Waisenhausplatz neben dem Ost-West-Verkehr auch den West-Ost-Verkehr übernehmen müsste.
2. Erstellen der neuen Einfahrt ins Metro-Parking in der Hodlerstrasse statt in der Speichergasse.

Zudem soll geprüft werden, ob die Metro für Dauerbenutzerinnen und -benutzer (Anwohnerinnen / Anwohner, Beschäftigte) statt vor allem für Kundinnen und Kunden reserviert werden könnte.

Ausgangslage

Die Projektierungsarbeiten für die Neugestaltung Bären- / Waisenhausplatz erfolgten bisher auf der Grundlage des Projektentwurfs "ohne Kennwort" der Architekten Stöckli / Kienast / Köppel, der auch die Verlegung der Einstellhallenzufahrt in die Speichergasse vorsieht. Für die Projektierung hat der Stadtrat unter dieser Voraussetzung am 27. Oktober 1994 einen Kredit von Fr. 760'000.- bewilligt. Im Rahmen der Kurzfristigen Übergangslösung (KÜL), die am 28. September 1997 in der Volksabstimmung beschlossen wurde, sind verschiedene Massnahmen im Einzugsbereich der Speichergasse vorgesehen, so u.a. die Umgestaltung der Knoten am Waisenhausplatz, an der Genfergasse / Speichergasse, am Kleeplatz sowie am Bollwerk. Mit der KÜL soll der motorisierte Individualverkehr beim Bahnhof um ca. 20 % reduziert werden.

In der von den Stimmberechtigten am 28. September 1997 abgelehnten Vorlage Stadtplätze - Schanzentunnel war auch die Option enthalten, die Buslinie 15 / 17 als Durchmesserlinie direkt am Bahnhof vorbeizuführen und in beiden Richtungen via Speichergasse - Nägeligasse verkehren zu lassen mit dem Ziel, die Umsteigesituation im Bahnhofsbereich zu verbessern. Ob und wie dies ohne Schanzentunnel möglich sein wird, sollen die derzeit laufenden Planungsstudien KÜL / Masterplan zeigen.

Auswirkungen der Motion

Die Sperrung der Speichergasse auf der ganzen Länge zwischen Bollwerk und Waisenhausplatz und die Aufwertung der Achse zugunsten der Fussgängerinnen / Fussgänger und Velofahrerinnen / Velofahrer hätte folgende Auswirkungen:

- Zunahme des Motorfahrzeugverkehrs und der damit verbundenen Immissionen in der Hodlerstrasse;
- Führung der Buslinie 15 / 17 Ostermundigen - Schliern via Speichergasse - Nägeligasse nicht mehr möglich.
- Erhebliche Leistungsreduktion am Knoten Lorrainebrücke - Schützenstrasse - Hodlerstrasse (Kleeplatz) mit der Gefahr von zusätzlichen Wartezeiten und Behinderungen für den öffentlichen Verkehr (Linien 11, 20, 21) sowie für die Velofahrerinnen / Velofahrer und Fussgängerinnen / Fussgänger; Gefahr von unerwünschten Verkehrsverlagerungen (Schleichverkehr).

Verlegung der Einfahrt zum Metro-Parkirig

Der Gemeinderat geht mit dem Motionär darin einig, dass die im Vorprojekt für die Neugestaltung Bären- / Waisenhausplatz vorgesehene Verlegung der Metro-Einfahrt in die Speichergasse überprüft werden muss. Eine bereits vorliegende Machbarkeitsstudie zeigt, dass es stadtvträglichere Lösungen gibt als die bisher anvisierte Variante Speichergasse. Im Vordergrund steht heute eine Einstellhallen-Zufahrt im Raum Schüttstrasse mit Zu- und Wegfahrtsmöglichkeit Richtung Westen und Osten. Zurzeit wird mit der Trägerschaft der Metro-Einstellhalle über die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen einer derartigen Lösung verhandelt. Sobald eine entsprechende Einigung erzielt worden ist, kann dem Stadtrat die Projektierung dieser Zufahrtsvariante beantragt werden.

Umwandlung der Parkfelder im Metro-Parking in Dauerparkfelder

Bei Erfüllung dieser Motionsforderung würden an zentraler Lage ca. 350 Parkplätze für Kundinnen und Kunden wegfallen. Eine solche Entwicklung wäre nicht erwünscht, weil auf diese Weise die Attraktivität insbesondere der oberen Altstadt als Einkaufszentrum deutlich reduziert würde. Ohnehin können die 350 Kundenparkfelder nicht einfach in Dauerparkfelder umgewandelt werden, dies einerseits gestützt auf den Verkehrskompromiss und andererseits auf die verbindlichen Verträge zwischen der gemischtwirtschaftlichen Immobiliengesellschaft Autoeinstellhalle Waisenhausplatz AG (AWAG) und der privaten Betriebsgesellschaft Metro Park AG.

Fazit

Nach Auffassung des Gemeinderats brächte die Erfüllung der Forderung nach einer Zusammenlegung der Metro-Zufahrt und -Wegfahrt in der Hodlerstrasse und nach der Sperrung der Speichergasse auf der ganzen Länge zwischen Bollwerk und Waisenhausplatz für den MIV zuviele Nachteile mit sich. Dem Stadtrat wird deshalb die Ablehnung der Motion beantragt. Da wesentliche Ziele des Vorstosses jedoch prüfenswert erscheinen und die entsprechenden Abklärungen auch bereits eingeleitet wurden, ist der Gemeinderat bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Luzius Theiler (GPB) erklärt, dass er bereit sei, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Gemeinderat ist heute bereit, auf die Einfahrt zum Parkhaus genau vor dem geplanten Kleemuseum zu verzichten. Er hat eingesehen, dass dies eine schlechte Lösung ist. Luzius Theiler hat vorgeschlagen, die Ausfahrt in der Hodlerstrasse eventuell nach entsprechendem Umbau auch gleich als Einfahrt zu benützen. Dies wäre mit Abstand die finanziell günstigste

Lösung. Man könnte gleich ein paar Millionen Franken sparen. Luzius Theiler sieht auch ein, dass es mit einer Einfahrt am Kleeplatz zu Schwierigkeiten kommen könnte. Man müsste prüfen, ob man wie bis jetzt vom Bollwerk in die Speichergasse einfahren müsste, um dann in die Genfergasse Richtung Amtshaus abzubiegen. Auch die Idee einer Einfahrt auf der Schüttele wäre prüfenswert. Luzius Theiler denkt aber, dass dies eine sehr teure Lösung wäre. Wenn dies nach dem Verursacherprinzip, also über die parkierten Autos bezahlt würde, wäre es in Ordnung. Wenn aber die Öffentlichkeit bezahlen müsste, dann hätte Luzius Theiler schon einige Bedenken. Dass sich gegen die Anregung - im Bewusstsein, dass sie etwas utopisch ist -, das Metro-Parkhaus vermehrt für Dauerparkplätze einzurichten, Widerstand regt, war Luzius Theiler schon klar. Er möchte aber doch noch festhalten, dass eine solche Lösung die Innenstadt als Wohnort und für das Gewerbe attraktiver machen würde. Viele Leute lebten lieber im Herzen Berns, wenn sie auch ihre Autos im Herzen Berns parkieren könnten. Dies könnten sie eher, wenn sie dort Dauerparkplätze hätten. Den Kundenverkehr könnte man so einrichten, dass die Ware gemeinsam zum Kunden gebracht wird. So wäre der Kunde nicht gezwungen, seine paar Einkäufe mit dem Auto zu erledigen. In einer Zeit, in der man immer noch in den Parkplätzen ein Allerheilmittel sieht, ist diese Forderung aber wohl kaum zu realisieren. Womit der Gemeinderat weiter noch nicht einverstanden ist, ist die Sperrung der Speichergasse zwischen Genfergasse und Waisenhausplatz. Luzius Theiler sagt ausdrücklich „noch nicht“, denn er ist der Meinung, dass sich dies mit dem Bau des Kleemuseums auch noch ändern wird. Die Speichergasse könnte mit dem schönen Hof des späteren Kleemuseums in ein gemeinsames Projekt einbezogen werden. Dies ist also ein wichtiges Anliegen. Die Speichergasse weist inzwischen neue Gastbetriebe und Geschäfte auf. Dies sollte anerkannt und gefördert werden. Dies wird in der näheren Zukunft alles diskutiert werden. Es wurde noch nichts endgültig entschieden. Deshalb ist es sinnvoll, wenn der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird, und wenn man diesem zustimmt.

Rudolph Schweizer (SVP) erklärt, dass die SVP auch das Postulat bestreitet. Dies aufgrund der geforderten Sperrung der Speichergasse. Der Ost-West-Verkehr und umgekehrt führen über die Schüttele und die Hodlerstrasse bzw. durch die Speichergasse. Wo sollen die Autos entlang fahren, wenn die Speichergasse gesperrt wird? Dies tönt auch der Gemeinderat in seiner Antwort an. Die Autos müssten einen weiten Bogen machen um die Stadt, was einen Mehrverkehr bedeuten würde. Man hätte also ausserhalb der Innenstadt ein Problem. Deshalb sagt die SVP Nein auch zu dem Postulat.

Elsi Meyer (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion den Vorstoss als Postulat unterstützt. Es ist richtig, dass es zum Teil zu Nachteilen kommen würde, zum Beispiel für den ÖV, aber die SP-Fraktion hat natürlich noch die Hoffnung, dass sich mit einer zusätzlichen Reduktion des MIV noch andere Möglichkeiten ergeben. Angesichts des neuen Verkehrsregimes und der Durchmesserlinien verbaut man sich nichts mit diesem Postulat. Aus diesem Grund ist Elsi Meyer der Ansicht, dass es kleinlich von der SVP ist, das Postulat nicht prüfen zu wollen.

Urs Jaberg (FDP) erklärt, dass es für ihn unbestritten ist, dass im Bereich Speichergasse/Hodlerstrasse ein Handlungs- und Verbesserungsbedarf besteht. Er hat auf diese Tatsache schon anlässlich der Interpellation zum Kleemuseum hingewiesen. Es stellt sich aber die Frage, ob der Zeitpunkt für die Überweisung des Postulats richtig gewählt ist. Urs Jaberg ist nicht der Meinung. Seit der Einreichung der Motion ist das Planungsgebiet Waisenhaus-, Bärenplatz bis und mit Schützenmatte von den Abklärungen im Zusammenhang mit dem projektierten Kleemuseum betroffen. Die Stadtbehörden haben inzwischen eine Machbarkeitsstudie mit dem Perimeter Waisenhausplatz-Schützenmatte in Auftrag gegeben. Dieser Perimeter berührt teilweise denjenigen, der von Luzius Theiler aufgeführt wird. Das Resultat dieser Machbarkeitsstudie soll Ende Oktober 1998 vorliegen. Der nächste Schritt ist der Wettbewerb. Je nach den Resultaten der Machbarkeitsstudie und des Wettbewerbs können sich am Waisenhausplatz die Bedürfnisse für eine ganz neue Verkehrsregelung ergeben, vielleicht unter Einschluss der Speichergasse und der Hodlerstrasse. Deshalb ist es absolut notwendig, dass jetzt nicht die Planungsfreiheit mit zusätzlichen Auflagen tangiert wird. Die Bedingung, damit die FDP dem Vorstoss zustimmt, ist die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Dies ist ja jetzt geschehen. Urs Jaberg ist erstaunt, dass der Gemeinderat in

seinen Antworten auf die Motionen Aepli und Theiler über die Zusammenhänge zwischen Platzgestaltung und Kleemuseum kein einziges Wort verliert. Urs Jaberg findet, dass diese Zusammenhänge sehr wichtig sind und erkannt werden müssen, auch wenn Adrian Guggisberg der Meinung ist, man solle besser nicht zu viel zusammen behandeln. Man muss diese Zusammenhänge sehen, nur dann erreicht die Stadt ein erfolgreiches Resultat, sowohl für das Museum wie für die Plätze.

Für den Gemeinderat spricht Bau- und Planungsdirektor *Adrian Guggisberg*: Er möchte dem Motionär danken, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Adrian Guggisberg denkt, dass man so die Möglichkeit hat, mit den Fragen offen umzugehen und sich umfassend Gedanken zu machen. Er glaubt, dass das Postulat die Wege öffnet, um einschliesslich des Kleemuseums über die gesamten Projekte zu urteilen. Zum Zeitpunkt der Einreichung der Motion war man noch nicht in dem Diskussionsstadium wie man es heute ist. Man ging davon aus, dass das Museum im Schulhaus am Waisenhausplatz eingerichtet werden soll. Die Diskussion um einen Neubau fing erst später an. Urs Jaberg hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass man sich den Weg mit einer Motion nicht verbauen soll. Das Postulat bietet nun den Vorteil, dass man sich Gedanken machen und die verschiedenen Möglichkeiten in den zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen prüfen kann. In diesem Sinn ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Postulat mit 41:15 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

18 Motion Fraktion SVP (Peter Linder): Bau eines durchgehenden Trottoirs längs der Jurastrasse

Antrag Nr. 78

In den letzten Jahren wurden im Gebiet der Jurastrasse erfreulicherweise neue Wohnungen erstellt; es hat auch wieder mehr Kinder. Wegen Fehlens eines durchgehenden Trottoirs längs der Jurastrasse ist leider die Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Viele Fussgängerinnen und Fussgänger benutzen die Strasse. Da die Strasse aber sehr eng konzipiert ist, birgt dies für die Fussgängerinnen und Fussgänger grosse Gefahren, und die bestehenden Trottoirteilstücke an der Jurastrasse sind in ihrem heutigen Zustand nicht mehr tragbar. Ein durchgehendes Trottoir würde den Schulweg der Kinder viel sicherer machen, und auch die Sportler und Fussgänger, die die Jurastrasse benutzen, würden sicherer an die Aare gelangen. Die Unterzeichnenden bitten daher den Gemeinderat, dem Stadtrat ein Projekt für den Bau eines neuen Trottoirs zu unterbreiten.

Bern, 14. August 1997

Antwort des Gemeinderats

Die Jurastrasse ist von ihrem Charakter her eine reine Erschliessungsstrasse. Sie dient vornehmlich der Erschliessung der angrenzenden Liegenschaften. Durchgangsverkehr ist bloss im oberen Teil möglich; dementsprechend gering ist das Verkehrsaufkommen. Im Durchschnitt weist die Jurastrasse eine Breite von ca. 4.40 m auf. Ein Trottoir ist nur streckenweise vorhanden. Die schmalen Vorplätze der Liegenschaften grenzen direkt an die Strasse. Im oberen Teil ist die Jurastrasse tatsächlich nicht sehr fussgängerfreundlich. Ohne Zweifel könnten mit dem Bau eines durchgehenden Trottoirs die Verkehrsverhältnisse für die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verbessert werden.

Bei der Beurteilung der örtlichen Situation ist indessen auch zu berücksichtigen, dass die Jurastrasse grösstenteils im Bereich des Aarehangs liegt. Schon jetzt sind an verschiedenen Stellen Stützmauern angeordnet. Der Bau eines Trottoirs wäre zwar technisch möglich; er bedingte jedoch den Bau neuer Stützmauern sowie Anpassungsarbeiten an Hauszugängen.

Diese baulichen Massnahmen und der für den Trottoirbau erforderliche Landerwerb würden verhältnismässig hohe Kosten verursachen. Überschlagsmässig wäre mit einem Gesamtaufwand in der Grössenordnung von 2 Mio. Franken zu rechnen.

Es stellt sich die Frage, ob derartige Kosten für ein durchgehendes Trottoir in einem verantwortbaren Verhältnis zum resultierenden Nutzen stünden, zumal angesichts des an sich geringen Verkehrsaufkommens. Hinzu kommt, dass in der mittelfristigen Investitionsplanung derzeit keine Mittel für das Vorhaben reserviert sind. Unter diesen Voraussetzungen muss der Gemeinderat die Motion ablehnen. Geprüft werden kann immerhin, ob es möglich und zweckmässig wäre, ein Trottoir an den gefährlichsten Stellen im oberen Teil der Jurastrasse etappenweise auszuführen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Peter Linder (SVP) erklärt, dass er aufgrund der hohen Schätzungen der Baukosten an der Jurastrasse und in Anbetracht der finanziellen Situation in der Stadt Bern bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Es ist sein Wunsch, dass der Gemeinderat einen Kredit bewilligt für das Teilstück zwischen Jurastrasse 51-77, in dem im Herbst 1998 eine neue Gasleitung verlegt wird. Er bittet den Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Andreas Hofmann (SP) erklärt, dass die SP der Motion nicht hätte zustimmen können. Deshalb ist es gut, dass sie in ein Postulat umgewandelt wurde, da die SP zu diesem Ja sagen kann. Die Gründe gegen ein durchgehendes Trottoir liegen nicht nur bei den Kosten, sondern auch darin, dass die Strasse sehr unterschiedlich breit ist, dass bei einem Umbau eine grosse Gefahr für die Vorgärten an der Jurastrasse bestehen würde und dass die Strasse zum Teil in der Zone zum Schutz des Stadt- und Landschaftsbildes liegt. Wenn man in dieser Zone Stützmauern am Hang errichten würde, so ist dies nicht nur sehr teuer, sondern auch eine Störung des Stadtbildes. Es wäre dies nach Meinung Andreas Hofmanns auch zonenwidrig. Das Anliegen ist schon alt. Es wurde allerdings von anderer Seite früher schon einmal lanciert. Es ist aber richtig, dass dies von verschiedener Seite vorgetragen wird. Das Trottoir könnte tatsächlich in bestimmten Abschnitten relativ billig erstellt werden, weil noch diese Gas- und Wasserleitungen gebaut werden. Die SP möchte aber auf keinen Fall eine Strassenverbreiterung. Man muss auch sehen, dass mit einem Trottoir der MIV mehr Platz zur Verfügung hat, da er ihn nicht mehr mit den Fussgängern und Fussgängerinnen teilen müsste. Man müsste aber die Fahrbahnfläche eher verschmälern und ein Trottoir auf Kosten der bestehenden Fahrbahn erstellen. Es gibt auch Abschnitte, wo ein Trottoir nicht möglich ist. Dort müsste man andere Massnahmen ergreifen. So zum Beispiel in dem Stück bis zur Abzweigung Lorrainebad, wo häufig sehr viele Fussgänger unterwegs sind. Dort müssten tempobegrenzende Massnahmen eingerichtet werden. Die SP denkt dabei an horizontale und vertikale Versätze. Diese wären sicher im Zusammenhang mit den Grabungsarbeiten einfach einzuführen. In den achtziger Jahren wurde schon ein Petition von den Anwohnern und Anwohnerinnen eingereicht. Es hatten damals 60-70 Leute eine Wohnstrasse im unteren Abschnitt der Jurastrasse gefordert. Diese Anliegen wurden damals kaum erfüllt. Mit diesem Postulat hätte man nun die Chance, frühere Fehler zu verbessern. Wichtig ist, dass die Leute informiert würden über die Massnahmen. Sie sind nämlich sehr interessiert daran, was geschieht. Man müsste auch den Verein für eine lebendige Lorraine, der damals die Petition lancierte, mit einbeziehen. Dieser Verein hat manchmal das Gefühl, dass er gegenüber dem Leist im Nachteil ist. Der Leist weiss immer schon alles, während der Verein manchmal die grösste Mühe bekundet, schon nur einfache Pläne zu erhalten. Andreas Hofmann möchte den Gemeinderat bitten, dass er in vorbildlicher Weise die Anwohnerinnen und Anwohner in den gesamten Prozess mit einbezieht.

Beschluss

Das Postulat wird mit 54:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

Eingänge

Es werden eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen, 2 Motionen, 3 Postulate, 3 Interpellation sowie 2 Kleine Anfragen, nämlich:

Motion Simone Gretler (SP):

Kinder in der Stadt Bern: Kredit zur Stärkung vorhandener Ressourcen

Die Weltbank kommt in einem Bericht zum Schluss, dass Geld umso rentabler ist, je eher es für die Anliegen der Kinder, der jüngsten Gesellschaftsmitglieder investiert wird. Jeder für Kinder im Vorschulalter investierte Franken spare sechs Franken bei Ausgaben in Sozialprogrammen oder in der Verbrechensbekämpfung. Dieser Erkenntnis widerspricht der Rhythmus der Politik, der sich oft genug in eigentlichen Feuerwehrrübungen auf die lichterloh lodenden oder schwelenden politischen Brandherde stürzen muss und sich wenig Handlungsspielraum in vorausschauenden und präventiv angelegten Bereichen gibt.

Allerdings hat sich in den letzten Jahren die Haltung immer mehr durchgesetzt, dass die Gestaltung der unmittelbaren Wohnumgebung gerade für Kinder und Jugendliche wichtig ist und einen Beitrag zu einer besseren Lebensqualität darstellt. In der Stadtverwaltung sorgt eine Projektorganisation mit der Beteiligung von Schuldirektion und Stadtgärtnerei dafür, dass Initiativen zur Umgestaltung aus der Bevölkerung aufgenommen werden und Plätze wie Spiel- und Pausenplätze mit Hilfe kompetenter Beratung aufgewertet werden können.

Die Erfahrung zeigt die Bedeutung von Eigeninitiative und auch Eigenleistung der Bevölkerung im Rahmen solcher Quartierprojekte. Es kann nicht darum gehen, von oben schöne und gute Gestaltungsideen zu verordnen; vielmehr ist es wichtig, vorhandene Ressourcen und Stärken zu nutzen und zu fördern. Während die Stadtverwaltung dies erkannt hat, fehlt der entsprechende Prozess auf der Ebene der Verteilung der finanziellen Mittel.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, eine Vorlage zu skizzieren, welche als Grundlage für die Arbeit der erwähnten Projektorganisation finanzielle Mittel von jährlich Fr. 150 000.00 sicherstellt. Dieser Kredit soll der obenerwähnten Projektorganisation zur Verfügung stehen, welcher die Aufgabe der Prüfung und Priorisierung der eingereichten Projekte obliegt. Die Kriterien zur Unterstützung eines Projektes sollen die geforderte Eigenleistung der Projektnehmer klar definieren.

Bern, 14. Mai 1998

Simone Gretler (SP), Heidi Flückiger Ehrenzeller, Margrit Stucki-Mäder, Elsi Meyer, Raymond Anliker, Esther Kälin Plézer, Marie-Louise Durrer, Edith Olibet, Irène Marti Anliker, Oskar Balsiger, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Peter Blaser, Andreas Hofmann, Heinz Juncker, Walter Christen, Leslie Lehmann, Sylvia Spring Hunziker, Kurt Mäusli, Franco Sommaruga, Barbara Mühlheim

Motion Andreas Hofmann (SP): Aus der Geschichte lernen - Aufarbeitung der Vergangenheit auch in Bern

In den letzten Jahren konnte man feststellen, dass in weiten Teilen der Welt die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit nur unvollständig stattgefunden hat, besonders während des Kalten Krieges und wegen seiner Auswirkungen. Das Bedürfnis, dieses Manko zu beheben, hat nach dem Fall der Berliner Mauer stark zugenommen.

Die Schweiz steht deshalb unter erheblichem Druck von innen und von aussen.

Es ist vor auszusehen, dass in Zukunft auch andere Länder ihre Geschichte vor und während des 2. Weltkrieges neu beurteilen müssen.

Die momentane Sonderrolle der Schweiz wird von vielen Personen in diesem Land als Bedrohung empfunden. Diese defensive Haltung scheint uns nicht angemessen, denn die aktuelle Situation ist mehr eine Chance als eine Gefahr.

Mit einer beispielhaften Aufarbeitung unserer Geschichte können wir einen Prozess einleiten, der über Europa hinaus bis zu den USA Signalwirkung haben wird.

In Sachen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die offizielle Schweiz schon einiges unternommen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Untersuchung aus Luzern, wo der Journalist Hans Stutz im Auftrag der Stadt die Geschichte der Rechtsextremisten im Kanton erforscht hat. Diese Arbeit hat in der ganzen Schweiz Aufsehen erregt. Das Buch liegt schon in der zweiten Auflage vor.

Das Luzerner Beispiel kann auch für Bern als Vorbild dienen. Es ist an der Zeit, auch in unserer Stadt einen Effort in dieser Richtung zu wagen. Ihre Rolle als Bundesstadt wird zwar zu einigen methodischen Schwierigkeiten führen. Andererseits erhält gerade in diesem Fall die Lokalgeschichte eine besondere Bedeutung. Auch in Bern kann die Frage gestellt werden, weshalb gerade der Rechtsextremismus besonders untersucht werden soll. Dazu ist zu sagen, dass im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und auch schon im Lichte der bisherigen Forschung ein besonderer Aufarbeitungsbedarf in dieser Richtung besteht. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Rezeptionsgeschichte, das heisst, wie gingen Behörden und Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag mit dem Rechtsextremismus um.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, dem Stadtrat eine Kreditvorlage mit folgendem Inhalt vorzulegen:

Der Gemeinderat erteilt einer oder mehreren geeigneten Fachpersonen den Auftrag, die Geschichte des Rechtsextremismus in der Stadt Bern und Umgebung während der 1930er und 1940er Jahre aufzuarbeiten.

Bern, 14. Mai 1998

Andreas Hofmann (SP), Raymond Anliker, Heinz Junker, Edith Madl Kubik, Elsi Meyer, Margrit Stucki-Mäder, Heidi Flückiger Ehrenzeller, Esther Kälin Plézer, Oskar Balsiger, Marie-Louise Durrer, Irène Marti Anliker, Edith Olibet, Simone Gretler, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Peter Blaser, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, René Zimmermann, Leslie Lehmann, Sylvia Spring Hunziker, Barbara Mühlheim

Postulat Simone Gretler (SP): Kinder in der Stadt Bern: Aufwertung des Pärkli zwischen Dammweg und Nordring

Ihre unmittelbare Wohnumgebung sowie das Schulareal haben einen grossen Einfluss auf die Lebensqualität von Kindern in der Stadt. Dies bestätigten die Schülerinnen und Schüler aus dem Nordquartier im Rahmen einer Umfrage. Das Areal des Lorraineschulhauses inklusive Tagesheim, Kinderkrippe und Steckgut, wo die kleineren Schülerinnen und Schüler und der Kindergarten untergebracht sind, hat sich in den letzten Jahren durch die Gestaltung der Pausenplätze zu einem Treffpunkt für Kinder aus dem Quartier entwickelt, welcher sich auch ausserhalb der Schulzeiten grosser Beliebtheit erfreut. Diese Gestaltungsmassnahmen sind neben der Initiative der Schule auch der kompetenten Beratung durch die Stadtverwaltung (Schuldirektion, Stadtgärtnerei), der Mithilfe von Eltern und den Schülerinnen und Schülern zu verdanken, welche im Sommer 1997 einen Sponsorenlauf zur Finanzierung der Pausenplatzgestaltung organisierten.

Demgegenüber lösen Plätze Angst aus, welche nicht belebt sind. Ein solcher Platz ist das Pärkli oberhalb des Steckgut-Schulhauses zwischen Dammweg und Nordring. Dieses Areal macht einen lieblosen Eindruck, ist düster und trostlos. Die Strassensituation ist extrem unübersichtlich und in unmittelbarer Nähe des Schulhauses Steckgut gefährlich (Kreuzung Lorrainestrasse/Dammweg/Talweg). Unserer Meinung nach könnte hier mit relativ kleinem Aufwand ein wertvoller Beitrag zur Quartiergestaltung geleistet werden.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat, die folgenden Punkte zu prüfen:

1. Aufwertung des erwähnten Pärkli durch gestalterische Massnahmen wie z.B. Auslichtung.
2. Massnahmen zur Verbesserung der Übersichtlichkeit im Bereich des Fussgängerstreifens vor dem Steckgutschulhaus.
3. Sperrung des Dammweges zwischen Quartiergasse und Lorrainestrasse oder zumindest zwischen Steckweg und Lorrainestrasse für den Durchgangsverkehr.
4. Möglichkeiten der Projektorganisation, welche die Bedürfnisse und die Initiative der Quartierbevölkerung bei der Planung und Durchführung einer Umgestaltung einbeziehen.

Bern, 14. Mai 1998

Simone Gretler (SP), Leslie Lehmann, Heidi Flückiger Ehrenzeller, Margrit Stucki-Mäder, Elsi Meyer, Raymond Anliker, Esther Kälin Plézer, Marie-Louise Durrer, Edith Olibet, Irène Marti Anliker, Oskar Balsiger, Sylvia Spring Hunziker, Kurt Mäusli, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Peter Blaser, Andreas Hofmann, Heinz Junker, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Walter Christen, Marcel Fankhauser, René Zimmermann, Franco Sommaruga, Barbara Mühlheim

Postulat Simone Gretler (SP): Kinder in der Stadt Bern: Basisnetz im Nordquartier: Sichere Übergänge für Kinder

Der Nordring mit seinem hohen Verkehrsaufkommen zerschneidet das Quartier Lorraine/Unterer Breitenrain. Die vierspurige Strasse verleitet zudem immer wieder Automobilistinnen und Automobilisten zum Fahren mit übersetzter Geschwindigkeit, wie Geschwindigkeitsmessungen der Polizei regelmässig zeigen. Zahlreiche Kinder, welche im Unteren Breitenrain wohnen, müssen den Nordring täglich überqueren, um in die Schule, den Kindergarten, das Tagesheim oder die Kinderkrippe zu gelangen. Laut einer Umfrage nehmen Schülerinnen und Schüler den Nordring als grösste Gefahr im Quartier wahr. Zusätzlich zu den Schulkindern steigen bei der Bushaltestelle Gewerbeschule zahlreiche Jugendliche aus einem grösseren Einzugsgebiet aus, um in die Gewerbeschule zu gelangen. Im Quartier wohnen auch viele ältere Menschen, und in unmittelbarer Nähe der Bushaltestelle Lorraine liegen zudem verschiedene spezielle Wohneinrichtungen für Seniorinnen und Senioren und pflegebedürftige Personen.

Angesichts dieser hohen Dichte von motorisiertem Individualverkehr, öffentlichen Verkehrsmitteln und Fussgängerinnen und Fussgängern sind zureichende Signalanlagen und ihr geschickter Einsatz unerlässlich. Die heutige Situation auf dem Nordring weist jedoch insbesondere auf der Höhe der Haltestelle Lorraine einige schwerwiegende Mängel auf, deren Behebung das Ziel des vorliegenden Postulats ist:

Das schwerwiegendste Problem der heutigen Situation liegt in der Frequenz und der Dauer der Grünphasen für Fussgängerinnen und Fussgänger. Je nach Tageszeit wartet man über 4 Minuten auf das Grünlicht für Fussgängerinnen und Fussgänger. Die Grünphase ist dann dafür so kurz, dass es nur bei eiligem Marschtempo gelingt, die ganze Strasse inkl. Dammweg bei Grün zu überqueren. So ist es nicht verwunderlich, dass sowohl Erwachsene als auch Kinder die Strasse permanent trotz Rotlicht überqueren. Dank der relativ guten Übersichtlichkeit dieses Strassenstücks geht dies auch meistens gut. Verkehrserzieherisch gesehen ist die Lichtsignalanlage in ihrer heutigen Form jedoch nur dazu geeignet, sich ein schlechtes Sicherheitsverhalten" anzutrainieren".

Eine weitere Gefahr stellen die Abbieger aus Quartiergasse und Römerweg dar: nachdem auch sie oft lange auf Grün gewartet haben, fahren sie auf den Nordring hinaus - ohne zu beachten, dass sie auf die FussgängerInnen Rücksicht nehmen müssen, welche gleichzeitig grün haben. Hier spielen sich täglich gefährliche Situationen ab.

Nach Auskunft der Stadtpolizei ist die Erneuerung dieser Signalanlage für das laufende Jahr geplant. Dies ist erfreulich. Die Unterzeichnenden fordern, bei der Erneuerung insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Die Grünphasen für Fussgängerinnen und Fussgänger müssen bei den Fussgängerstreifen links und rechts der Kreuzung Nordring/Quartiergasse/Römerweg eine höhere Frequenz aufweisen und verlängert werden. Bei den Fussgängerstreifen soll eine Infrarot-Überwachung eingerichtet werden.
2. Die Signalisierung für die Abbieger aus Römerweg und Quartiergasse muss dringend verbessert werden (z.B. durch einen grossen gelben Warnblinker), um die Aufmerksamkeit der AutomobilistInnen auch auf die gleichzeitig den Fussgängerstreifen benützenden FussgängerInnen zu lenken.

Bern, 14. Mai 1998

Simone Gretler (SP), Leslie Lehmann, Heidi Flückiger Ehrenzeller, Margrit Stucki-Mäder, Elsi Meyer, Kurt Mäusli, Raymond Anliker, Esther Kälin Plézer, Marie-Louise Durrer, Edith Olibet, Irène Marti Anliker, Barbara Mühlheim, Oskar Balsiger, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Peter Blaser, Andreas Hofmann, Heinz Junker, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Walter Christen, Marcel Fankhauser, René Zimmermann, Sylvia Spring Hunziker, Franco Sommaruga

Postulat Hans Peter Riesen (SD): Eigene Schulklassen für einheimische Kinder

In etlichen Quartieren unserer Stadt bilden die einheimischen Kinder in den Schulen eine kleine Minderheit. Die Lehrkräfte müssen einen grossen Teil ihrer Zeit und Kraft für die Bewältigung der besonderen Probleme einsetzen, mit denen die vielen, zu einem wesentlichen Teil nicht assimilierten Ausländerkinder zu kämpfen haben. Das ist auch in Ordnung, denn diese Kinder sind für die unverantwortliche Masseneinwanderungspolitik der Bundesbehörden nicht verantwortlich und sollen demgemäss auch besonders fürsorglich behandelt werden. Unsere einheimischen Kinder sind aber ebensowenig schuld an der katastrophalen Ueberfremdung. Sie geraten gegenüber ihren Alterskollegen, die noch unter halbwegs normalen Bedingungen zur Schule gehen können, ins Hintertreffen und haben somit beim Uebertritt in eine Mittelschule bzw. auf dem Lehrstellenmarkt weniger Chancen. Kurzfristig kann die Chancengleichheit nur mit eigenen Klassen für die einheimischen Kinder wieder hergestellt werden.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten zu prüfen, ob in stark überfremdeten Quartieren die Schülerinnen und Schüler einheimischer Muttersprache in eigenen Klassen zusammengefasst und unterrichtet werden können.

Bern, 14. Mai 1998

Hans Peter Riesen (SD), Ernst Stauffer, Alfred Jordi, Kurt Rügsegger, Jean-Daniel Flückiger

Interpellation Esther Kälin Plézer (SP): Kinder in der Stadt Bern: Familienvergünstigung bei den SVB-Tarifen

Noch bis vor einigen Jahren war das Reglement der SVB auszugsweise an allen Billettausgabestellen (sprich Automaten) des SVB-Netzes angeschlagen. Dies war sehr informativ, nicht nur für Bern-BesucherInnen, sondern auch für NeuzuzügerInnen oder gelegentliche BenutzerInnen der öffentlichen Verkehrsmittel.

Gestützt auf das Übergangsreglement des Stadtrats vom 21. März 1991 und Art. 28, Abs. 2, Ziff. 9bis, lit c der Gemeindeordnung, dürfen wir im Tarfbüchlein (gültig ab 1. Januar 1998) unter Familienvergünstigungen, Absatz 10.1 lesen:

«Wenn ein Elternteil eine Einzelfahrkarte, eine Mehrfahrtenkarte, eine Tageskarte oder ein GA gelöst hat, fahren Kinder bis zum zurückgelegten 16. Altersjahr, welche im gleichen Haushalt leben, gratis mit. Jugendliche vom 17. bis zum zurückgelegten 25. Altersjahr werden dabei zum Kurzstreckentarif befördert. Diese Regelung gilt nur, wenn die gemeinsam reisenden Familienmitglieder im Besitz einer gültigen Familienkarte der schweizerischen Transportunternehmungen und der dazugehörenden Ausweiskarten für Kinder sind.»

Die meisten Familien, zumindest diejenigen, welche regelmässig die SBB benützen, verfügen über die oben erwähnte Familienkarte.

Die Stadt Bern beklagt einen ausserordentlich starken Familienschwund. Daher müssten sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel eingebracht werden, um den Familien die Vorteile unserer Stadt aufzuzeigen. Im Zeitalter der KundInnennähe und -freundlichkeit, sprich NPM, sollte es für die SVB eine Selbstverständlichkeit sein, auf diese preisliche Attraktivität hinzuweisen.

Dem Tarfbüchlein sind übrigens weitere Ermässigungen zu entnehmen, die m.E. ebenfalls angeschlagen gehörten (AHV, Invalidität, Militär usw.).

Die Unterzeichnenden bitten den Gemeinderat, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Weshalb wurden die Informationstafeln mit u.a. den Tarifhinweisen entfernt?
2. Ist geplant, an sämtlichen Billettausgabeautomaten des SVB-Netzes solche Tafeln anzubringen?
 - Wenn ja, in welchem Zeitraum könnte dies geschehen?
 - Wenn ja, mit welchen Kosten müsste gerechnet werden?
 - Wenn nein, weshalb nicht?
3. Könnte sich der Gemeinderat vorstellen (unter Vorbehalt einer Aenderung des Übergangsreglements und der GO), dass Kinder in Begleitung einer im gleichen Haushalt lebenden Person gratis mitfahren können, auch wenn keine entsprechende Familienkarte vorhanden wäre? Damit würde die Familienfreundlichkeit der Stadt Bern konkret unter Beweis gestellt.
4. Weshalb hat das Bärenabi bezüglich der Begleitung von Kindern nicht dieselbe Wirkung wie die Familienkarte?
 1. Sollte der Gemeinderat auf dem Status quo beharren, wie gedenkt er, den Bürgerinnen und Bürgern die Informationszugänglichkeit zu den Tarifiermässigungen zu erleichtern?

Bern, 14. Mai 1998

Esther Kälin Plézer (SP), Leslie Lehmann, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Margrit Stucki-Mäder, Heidi Flückiger Ehrenzeller, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim Raymond Anliker, Marie-Louise Durrer, Edith Olibet, Oskar Balsiger, René Zimmermann, Liselotte Lüscher, Simone Gretler, Béatrice Stucki, Peter Blaser, Andreas Hofmann, Heinz Junker, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Walter Christen, Marcel Fankhauser, Sylvia Spring Hunziker, Franco Sommaruga

Interfraktionelles Postulat GB/JA!/SP/GFL (Nico Lutz, Raymond Anliker, Bernhard Pulver): Auflösung der Stadtberner Schnüffelpolizei

Ende der 80er Jahre hatte der Nachrichtendienst der Berner Stadtpolizei rund 2000 Anfragen der Bundesanwaltschaft zu bearbeiten. Das Ausmass der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten wurde 1990 öffentlich: Auf 34'000 Registraturkarten waren bei der Berner Stadtpolizei

6000 Personen fichiert. Seither haben die Anfragen der Bundesanwaltschaft erheblich abgenommen. 1997 waren es noch 86. Die Anzahl der Personen, die im Nachrichtendienst beschäftigt sind, wurde jedoch bloss von 13 auf 7 MitarbeiterInnen reduziert.

Mehrheitlich arbeitet der Nachrichtendienst der Stadtpolizei unterdessen für städtische Angelegenheiten. Es stellt sich die Frage, um welche städtischen Angelegenheiten es sich handelt. Nach wie vor weigert sich die Stadtpolizei, die Daten, welche die einzelnen Nachrichtendienstmitarbeiter sammeln und in computergestützten Datenbanken zusammenstellen, in die Datensammlung der Stadt Bern aufzunehmen. Den stadträtlichen Aufsichtsorganen wird so das Einsichtsrecht verwehrt. Im Verwaltungsbericht wird lapidar begründet, "die permanente Bewertung der Sicherheitslage, Abklärungen für die Lagebeurteilung von öffentlichen Anlässen" stehen beim Nachrichtendienst unter anderem im Zentrum. Konkret hiess das in den vergangenen Jahren beispielsweise, dass der Nachrichtendienst während der Diskussion über Citro auf der Stadtratstribüne sass oder beim bewilligten Eröffnungsfest in der Grossen Halle, organisiert vom städtisch unterstützten Trägerschaftsverein Grosse Halle, anwesend war. Was die Präsenz an dieser Veranstaltung mit der Bewertung der Sicherheitslage zu tun hat, ist rätselhaft. Der Nachrichtendienst scheint nach dem Motto: „My work is so secret, I don't even know what I'm doing" zu arbeiten. Gleichzeitig wurden in der Stadtpolizei 1997 ausbezahlte Überstunden für Fr. 810 190.- verzeichnet.

Aktivitäten im präventiv-polizeilichen Bereich sind demokratiepolitisch äusserst heikel. Mit dem Instrumentarium der Strafverfolgung, die nicht nur die Vollendung, sondern auch die Vorbereitung einer strafbaren Handlung einschliesst, sind umfassende Möglichkeiten vorhanden. Auf eine präventive Erstellung von Datenbeständen ist aus diesem Grund zu verzichten.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Grundsätze in die Tat umzusetzen:

1. Auf die von der Stadtpolizei selber initiierte nachrichtendienstliche Tätigkeit im präventiv-polizeilichen Bereich ist zu verzichten.
2. Die Aufträge der Bundesanwaltschaft sind auf deren Gesetzmässigkeit sowie deren Verhältnismässigkeit hin zu überprüfen. Allenfalls ist ein polizeiliches Ermittlungsverfahren zu eröffnen. Die Kosten dafür sind der auftragserteilenden Behörde in Rechnung zu stellen.

Bern, 14. Mai 1998

Interfraktionell GB/JA!/SP/GFL (Nico Lutz (JA!), Ravmond Anliker (SP), Bernhard Pulver (GFL), Annemarie Sancar, Peter Sigerist, Maria Regli Schmucki, Heinz Junker, Eva von Ballmoos, Sylvia Spring Hunziker, Barbara Mühlheim, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Irène Marti Anliker, Batrice Stucki, Simone Gretler, Peter Blaser, Andreas Hofmann, Elsi Meyer, Margrit Stucki-Mäder, Heidi Flückiger Ehrenzeller, Ueli Stüchelberger, Michael Burri, Michael Jordi, Ursula Hirt

Interpellation Edith Olibet (SP):

"Kinder in der Stadt Bern" - Ist die Schulwegerhebung ein Papiertiger?

Der Kindergarten- und Schulweg ist für die Kinder ein wichtiger Begegnungs-, Erlebnis-, Erholungs- und Beziehungsort, für viele aber auch eine drohende Gefahr. Dass Kinder ihren Weg ohne Begleitung Erwachsener unter die Füsse nehmen können, ist für das soziale Lernen, für ihre Entwicklung zur Selbständigkeit und für die Wahrnehmung ihrer Selbstverantwortung sehr wichtig. Leider sieht die Wirklichkeit anders aus.

Die Sicherheit auf dem Schulweg beschäftigt Eltern von kindergarten- und schulpflichtigen Kindern ausserordentlich. Viele Eltern müssen sich nämlich wegen des Strassenverkehrs tagtäglich Sorgen um die Sicherheit ihrer Kinder machen. Das muss nicht sein. Die Stadt

Bern hat es in der Hand, den Kindern den grösstmöglichen Freiraum auf ihren Wegen zu ermöglichen.

1996 wurde eine Schulwegerhebung bei den SchülerInnen der städtischen Volksschulen gemacht; die Problempunkte wurden inventarisiert und Lösungsansätze formuliert. Dieselben machen aber den Betroffenen wenig Hoffnung für eine konsequente Behebung der Gefahrenorte. Erhebungen, Inventare und skizzierte Lösungsansätze nützen bekanntlich aber nur etwas, wenn ihre Erkenntnisse umgesetzt und nicht auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben werden.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Woran erkennen Eltern und Kinder, dass der Gemeinderat ihre Ängste und Nöte, aber auch die Schulwegerhebung 96 ernst nimmt?
2. Führt der Gemeinderat eine Pendenzenliste der zu lösenden Probleme, die laufend überprüft und nachgeführt wird?
3. Welche Problempunkte aus der Schulwegerhebung wurden bisher behoben?
4. Wie sieht der Zeitplan für die Lösung der noch unerledigten Problempunkte aus? Wer ist für das Controlling zuständig?
5. Werden SchülerInnen, Elternräte, Schulkommissionen und Lehrkräfte über die Art der Massnahmen, den Zeitplan und den Umsetzungsstand orientiert? In welcher Form?
6. Wird bei Punkten, die nicht berücksichtigt, abgelehnt oder zurückgestellt wurden, mit den Betroffenen nach alternativen Lösungen gesucht?
7. Wie werden neu auftretende Problempunkte im Zusammenhang mit den Kindergarten- und Schulwegen behandelt?

Bern, 14. Mai 1998

Edith Olibet (SP), Leslie Lehmann, Heidi Flückiger-Ehrenzeller, Margrit Stucki-Mäder, Elsi Meyer, Irène Marti Anliker, Walter Christen, Barbara Mühlheim, Raymond Anliker, Esther Kälin Plézer, Marie-Louise Durrer, Oskar Balsiger, Liselotte Lüscher, Simone Gretler, Béatrice Stucki, Peter Blaser, Andreas Hofmann, Heinz Junker, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Marcel Fankhauser, René Zimmermann, Sylvia Spring Hunziker, Kurt Mäusli, Franco Sommaruga

Interpellation Hans Peter Riesen (SD): PUK für die Lehrwerkstätten LWB?

Der Führungsstil der Lehrwerkstätten wird zumindest von einem Teil der Schulleitung und der Schulkommission ernsthaft in Frage gestellt. Die zurzeit unklaren Strukturen der LWB haben ein Gewicht erhalten, welches die gesamte Schulleitung zur konstruktiven Zusammenarbeit in jeglicher Hinsicht stark behindern und dazu führen, dass die Schulleitung als Ganzes ihre Verantwortung nicht mehr voll wahrnehmen kann.

Als ehemaliges Schulkommissionsmitglied der LWB lassen mich die erhobenen teilweise schwerwiegenden Probleme aufhorchen.

Mobbing ist zum Schlagwort geworden, die Schulleitung sei teilweise blockiert durch fast unlösbare Konflikte. Unbequeme Angestellte würden kalt gestellt und dies führe zur totalen Verunsicherung hochqualifizierter Ausbilder. Aggressivität, Gereiztheit und Nervosität seien bereits an der Tagesordnung.

Aufgrund der alarmierenden Zustände und Signale aus bestimmten Kreisen, stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen.

1. Was ist im System der LWB los, dass sich in den letzten zwei Jahren immer grösser werdende Konflikte anbahnen?
2. Sind dem Gemeinderat diese schwerwiegenden Umstände in der LWB bekannt?
3. Ist der Gemeinderat bereit, nach all den Vorkommnissen in der LWB eine PUK einzusetzen, um wieder klare Verhältnisse zu schaffen?

Begründung der Dringlichkeit:

In absehbarer Zeit wird von der LWB ein grosses Kreditgeschäft (Kopfbau) im Stadtrat behandelt, daher sollte die Zukunft der LWB vorher geklärt werden.

Bern, 14. Mai 1998

Hans Peter Riesen (SD), Ernst Stauffer, Alfred Jordi, Arnold Bertschy, Konrad Bossart, Kurt Rügsegger, Jean- Daniel Flückiger

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Kleine Anfrage Jean-Daniel Flückiger (EDU): Das Theaterstück: "Wahrlich, ich sage Euch" ... die Kunstfreiheit !

Der Gemeinderat wird gebeten, zu nachfolgenden Fragen Stellung zu nehmen bzw. Auskunft zu erteilen:

- Das gotteslästerliche Theaterstück - "Wahrlich, ich sage Euch" wurde im Schlachthaus-Theater Bern im April 1998 (1., 2. und 4.) gespielt.
 - Dieses Theaterstück wurde in der Passionszeit aufgeführt.
 - Gott wird als "alte Päpu" (vergesslich) dargestellt. Die Opferbereitschaft des Gottessohnes wird von einem Clown gespielt.
1. Kann die Stadt Bern ein gotteslästerliches Theaterstück unterstützen?
 2. Sind solche zutiefst beleidigenden Aufführungen, subventioniert durch die Stadt Bern, christlich gesinnten Bernern und Bernerinnen zumutbar?
 3. Mit wieviel Steuergeldern subventioniert die Stadt Bern das Schlachthaus-Theater Bern?
 4. Gilt das ARG nicht, wenn der christliche Glaube diskriminatorisch gebrandmarkt wird? Gerade erst im Jahr 1993 haben wir eine neue Verfassung für den Kanton Bern erlassen, worin es heisst: "Diskriminierungen, insbesondere aufgrund von Rasse, religiöser Überzeugung sind in keinem Fall zulässig". Im ARG (Art. 261 StGB) steht: "wer öffentlich ... eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt... wird mit Gefängnis oder Busse bestraft."
 5. Weshalb darf nun ein solches Stück aufgeführt werden, wo nicht sachlich über andere Meinungen und religiösen Lebensformen diskutiert wird, sondern diese verachtet und durch den Schlamm gezogen werden?
 6. Was braucht es noch, damit man von der Verletzung der Menschenwürde sprechen kann?
 7. Warum gilt die Kunstfreiheit in bezug auf die christliche Religion, ist somit neben antireligiöser auch rassistische Kunst erlaubt? (dann müsste man nämlich den Antirassismustitel weder auf Rassisten noch Religionsverspotter anwenden).

Bern, 14. Mai 1998

Jean-Daniel Flückiger (EDU)

Kleine Anfrage Thomas Fuchs (JSVP): Kann künftig auch das Berner Gewerbe von der rot-grünen Regierungstoleranz gegenüber linken Aktivistinnen und Aktivisten profitieren?

Derzeit macht eine Protest-Karawane von linksautonomen Aktivistinnen und Aktivisten auf die Gefahren der Globalisierung, des Neoliberalismus und einer weltweiten Ausbeutung aufmerksam. Die Karawane besteht aus alten, kaum fahrtüchtigen Traktoren, vergammelten Wohn- und Bauwagen und Velos. Angereichert wurde der illustre Tross in Bern durch Aktivisten aus dem Umfeld der Berner Reithalle sowie durch Mitglieder des Komitees gegen finstere Zeiten, welches erfolglos das neue Polizeigesetz bekämpft hatte.

Die Karawane schleppt sich über öffentliche Strassen von Frankfurt nach Genf und führt in der ganzen Schweiz zu Staus und Behinderungen. Ihren Weg verziert die Karawane mit Verwüstungen, Beschädigungen und Verschmutzungen. In Oftringen wurde beispielsweise die Fassade eines Unternehmens mit Schlamm beworfen, ein Sportwagen wurde beschädigt, in Bern bewarfen die Demonstranten den Eingang des Bundeshaus sowie die Skulpturen am 13. Mai 1998, um 17.50 Uhr mit gefüllten Kehrichtsäcken und brachten den Verkehr in der Achse Bundesgasse - Casino in der Hauptverkehrszeit zum Erliegen. Gleichzeitig wurde vor Ort ein Taxi beschädigt sowie der öffentliche Verkehr blockiert. Ohne Folgen setzten sich die linksautonomen Aktivisten vor den Augen der Polizei über zahlreiche Fahrverbote, Durchgangsverbote und Einbahnstrassensignalisation hinweg und liessen sich auf dem Waisenhausplatz nieder. Dort wurde erneut ohne Bewilligung eine lärmiges Strassenfest abgehalten, eine Wagenburg aufgebaut, Videos aller Art abgespielt und Alkohol verkauft und ausgeteilt, selbstverständlich ohne entsprechende Bewilligung.

Um eine Eskalation zu verhindern ist die Polizei sinnvollerweise nicht eingeschritten, dadurch wurden in der Bundeshauptstadt Schäden grösseren Ausmasses erfolgreich verhindert und die Karawane ist glücklicherweise wieder verschwunden, und es bleibt zu hoffen, dass sie baldmöglichst in die Wüste verschwindet.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Ist der Gemeinderat bereit, bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden, damit inskünftig derartigen "Karawanen" bereits an der Schweizer Grenze der Grenzübertritt verweigert wird?
2. Ist der Gemeinderat bereit, die tolerante, offene Auslegung betreffend Bewilligungen für Platzbenutzungen, Bestuhlungen öffentlicher Plätze, Alkoholausschank, Aufstellung von Werbetafeln usw. im Sinne einer rechtlichen Gleichbehandlung auch gegenüber in Bern steuerzahlenden Betrieben anzuwenden?
3. Besteht nicht die Gefahr, dass die Stadt Bern mit den zurückhaltenden Polizeieinsätzen zum Anziehungsfeld weiterer "Events" der gehabten Art wird?

Bern, 14. Mai 1998

Thomas Fuchs (JSVP), Hans Ulrich Gränicher, Margrit Thomet, Rudolph Schweizer, Rolf Häberli

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

Namens des Stadtrats:

Die Präsidentin: *Lilo Lauterburg*

Der Protokollführer: *Daniel Hostettler*